Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 139. Dienstag, den 17. Juni 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Proleten und Kanonenfutter.

Alle staatlichen Zustände, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen, die Kultur der Staaten überhaupt, werden in erster Linie durch die Bevölkerung bedingt. Schon die Politiker und Staatsmänner des Altertums haben, ausgehend von dieser Einsicht, sich der Bevölkerungsfrage zugewandt. Plato zum Beispiel legte seinem Idealstaat die Auffassung mit zugrunde, daß der Zweck der Ehe lediglich in der Fortpflanzung, in der Erzielung eines gesunden, kräftigen Nachwuchses beruhe, wobei ein Zustand der Gleichheit innerhalb einer bestimmten Ordnung vorausgesetzt wird, und daß sie, um diesem Zweck zu genügen, Zwangsinstitution unter Leitung und Aufsicht des Staates sein müsse.

Im allgemeinen war seit dem Altertum die Bevölkerungspolitik der Herrschenden im Klassenstaate stets auf die Begünstigung der Bevölkerungszunahme gerichtet. Die Machthaber, die herrschenden Stände und Klassen, waren bestrebt, sich möglichst viel Menschenmaterial dienstbar zu machen. Sie brauchten Krieger, um die Schlachten zu schlagen, und Arbeitermassen, Volksmassen, die sie unterdrücken und ausbeuten konnten durch Aufbürdung von sklavischer Zwangsarbeit, Fronden oder Steuern. Immer waren es diese Massen, denen die Bevölkerungsvermehrung als eine Art „Pflicht“ gegen den Staat beigemessen wurde. Auch die Religion wurde in den Dienst dieser Politik gestellt. Die Reformatoren und vor allem Luther mahnten eifrig zur Eheschließung und zur Kinderzeugung. Luther meinte, Besorgnisse wegen der Ernährung der Kinder seien „ein Zeichen geringen Gottvertrauens“; man müsse Gott sorgen lassen; „Gott macht Kinder, der wird sie auch wohl ernähren“. Noch jetzt lehren Theologen den Armen zum Trost, viele Kinder seien ein „reicher Segen Gottes“.

Mit dem Aufkommen und der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsordnung erfuhr die Bevölkerungsvermehrung weitere starke Begünstigung, so durch Prämien, Steuererleichterungen usw. auf Eheschließung und große Kinderzahl; Milderung oder Beseitigung der gesetzlichen Bestimmungen, die uneheliche Geburten verhindern sollten; durch Beförderung der Einwanderung und geraume Zeit hindurch auch durch Verhinderung der Auswanderung. So war insbesondere auch Friedrich der Große allzeit auf eine vermehrte Volkszahl bedacht.

Es kam die Zeit, wo als Konsequenz des kapitalistischen Wirtschaftssystems die Proletarisierung der Volksmassen und damit der Pauperismus, die Massenarmut und -Verelendung entstand, wo die „industriellen Reservearmeen“ sich bildeten. In dieser Zeit (1798) veröffentlichte Malthus sein Werk über die Bevölkerungsvermehrung. Er geht von der Erwägung aus, daß die Bevölkerung beständig die Tendenz habe, sich über die Unterhaltungsmittel hinaus zu vermehren, was ein Anwachsen der Armut und des Elends zur Folge habe. Die Vermehrung der Unterhaltsmittel könne mit der Zunahme der Bevölkerung nicht Schritt halten. Die natürliche Dauer des Lebens werde verdrängt durch ungesunde Beschäftigung, übermäßig schwere Arbeit und äußerste Armut, schlechte Ernährung der Kinder, Laster, Krankheiten, Epidemien, Hungersnot, Krieg. Die Bevölkerung müsse streben, sich nicht über die Unterhaltsmittel hinaus zu vermehren.

Malthus hatte übrigens Vorgänger, die auf die Gefahren einer allzu starken Bevölkerungszunahme hinwiesen. Einer derselben, der Neapolitaner Genovesi, schrieb in seinen 1769 erschienenen „Grundsätzen der bürgerlichen Oekonomie“ folgendes:

„Wohl schreien unsere Staatsmänner von allen Seiten: Bevölkerung! Bevölkerung! Aber sie kann die schnellste Ursache der Entvölkerung werden, wenn sie nicht reguliert wird. Denn wenn die Natur aufhört, die Menschen ernähren zu können, so fangen sie an, einander selbst aufzureiben.“

Der deutsche Publizist Justus Möser schrieb in seinen „Patriotischen Phantasien“:

„Es ist jetzt eine sehr wunderliche Welt. Die großen Herren, diese Zerstörer des menschlichen Geschlechts, denken auf nichts als auf Bevölkerung; und wir werden sicher nächstens ein philosophisches System erhalten, worin die möglichste Vermehrung der Menschen als die größte Verherrlichung Gottes angepriesen wird, bloß um eine Menge menschliches Vieh aufzuziehen, welches sie auf die Schlachtbank liefern können.“

Während die Sozialisten früher in der Bevölkerungsfrage einen der Malthusschen Theorie scharf entgegengesetzten Standpunkt einnahmen (so auch Friedrich Engels in den „Deutsch-französischen Jahrbüchern“ 1844) haben sich jetzt die Ansichten bei ihnen bis zu einer Anerkennung des von Malthus aufgestellten Entvölkerungsgesetzes entwickelt. Diese unseres Erachtens durchaus begründete Anerkennung findet sich u. a. in Kautzkys 1880 erschienener Schrift über den „Einfluß der Bevölkerungsvermehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft“. Da wird dargelegt, daß die Gefahr einer Uebervölkerung selbst durch ein Anwachsen der Lebensmittel nur hinausgeschoben werden könne. Ohne Regelung der Bevölkerungsfrage sei eine befriedigende Lösung der sozialen Probleme überhaupt nicht möglich, und eine Regelung sei in dem präventiven geschlechtlichen Verkehr zu sehen; jedenfalls sei dieser ein viel kleineres Uebel als die andern, welche die Uebervölkerung mit Notwendigkeit erzeugt; der präventive geschlechtliche Verkehr sei „sittlicher als Hunger und Seuchen, Krieg und Mord, Syphilis und Prostitution“.

Für die Sozialdemokraten liegt bei ihrer Stellungnahme zu der Bevölkerungsfrage nichts näher, wie der Gedanke: ob denn die Arbeiterklasse, das Proletariat wirklich ein Interesse daran hat, den diese Klasse unterdrückenden und ausbeutenden Staats- und Gesellschaftsfaktoren durch erhebliche Steigerung der Zahl der Geburten zu Hilfe zu kommen, während die herrschenden Stände und Klassen darauf bedacht sind — wie sie es immer waren — ihrem Nachwuchs aus rein materiellem Interesse bestimmte Grenzen zu setzen. Für diese Faktoren ging die Frage des Nachwuchses, d. h. der Zahl der Kinder beziehungsweise der Erben stets in der Eigentumsfrage und in der Erwägung der damit verknüpften Familieninteressen auf.

Ein vernünftiger Grund dafür, daß gerade die arbeitenden Klassen, in erster Linie die unter Druck, Not und Elend aller Art schwer leidenden Proletarier, der Zumutung folgen müßten, möglichst viele Kinder in die Welt zu setzen, Erben ihrer Drangsale, ihrer Armut, ihrer Not, kann nicht beigebracht werden. Im Gegenteil, sie haben die schwerwiegendsten Gründe, ihren Nachwuchstribut an Staat und Gesellschaft möglichst einzuschränken.

Einer dieser Gründe, und zwar ein sehr schwerwiegender, ist gegeben mit der ungeheuerlichen, unheilvollen Entwicklung, die der Militarismus genommen hat und deren Ende noch nicht abzusehen ist, mit den ins Entsetzliche wachsenden Kriegsgefahren, die zu beispiellos furchtbarem Massenmord, zur Vernichtung vieler Millionen von Menschenleben führen können.

Wie der Kapitalismus und Mammonismus auf wirtschaftlichem Gebiete, so fragen auch die Militär- und Kriegsfanatiker, die Kriegshetzer und die Kriegsinteressenten auf politischem Gebiete nicht nach dem kulturellen, dem sittlichen und ökonomischen Werte des Menschenlebens. Schopenhauer sagt in einer seiner Schriften („Ueber das Fundament der Moral“): „Mancher Mensch wäre imstande, einen andern totzuschlagen, bloß um mit dessem Fette seine Stiefeln zu schmieren.“ Das wäre schauderhaft aber bei weitem noch nicht das Schlimmste. Die Priester des goldenen Kalbes, die Gewaltpolitiker und ihre Diplomaten, tragen in absolutester Gewissenlosigkeit kein Bedenken, massenmörderische Kriege heraufzubeschwören, ihren Interessen, ihrem Wahnsinn das Blut, das Leben, die Gesundheit, das Glück und die Wohlfahrt vieler Millionen Menschen zu opfern. Massenabschlachtung, die an teuflischer Scheußlichkeit alle Kriegsgreuel der Vergangenheit überbietet — wie erst jetzt wieder der Balkankrieg gelehrt hat —, Völkeraderlaß, Völkerverwüstung betrachten diese „Schicksalslenker“ der Nationen kaltblütig nicht nur als „unvermeidbares Uebel“, sondern als „kulturelle Notwendigkeit“.

Aber in den Volksmassen unserer Zeit steckt nicht mehr der Geist damaliger Ergebung in das Schicksal, sie sind der vernünftigen Erwägung fähig und haben menschliches und kulturelles Empfinden. Nichts ist erklärlicher, als daß die Männer und Frauen der arbeitenden Klassen sich sagen, daß es nicht ihre sittliche und staatsbürgerliche Aufgabe sein kann, Kinder in die Welt zu setzen und unter schweren Mühen und Sorgen, unter dem Druck der Not aufzuziehen zu dem Zwecke, daß dem kapitalistischen Ausbeutungssystem ein vermehrter Nachwuchs an Proletariern nicht fehlt, und daß die kriegerisch gesinnten, auf Kriege spekulierenden Machthaber über immer mehr Kanonenfutter verfügen können.

Alle diese durch die schlimmen Tatsachen geradezu aufgezwungenen Erwägungen haben längst weite Volkskreise auch in Deutschland — nicht nur sozialdemokratische — erfaßt und wesentlich dazu beigetragen, daß auch bei uns die systematische Einschränkung der Kinderzahl mehr und mehr Boden gewinnt.

Der in der Bevölkerungsstatistik stark hervortretende Geburtenrückgang läßt starke Anfänge einer Rationalisierung des Geschlechtslebens erkennen. In dem zehnjährigen Zeitraum von 1875 bis 1886 entfielen im Deutschen Reich auf 10 000 Menschen 393 Geburten, 1910 298, 1911 286. Anstatt 2 700 000 Geburten hatten wir 1910 nur 1 980 000 und 1911 abermals weniger: 1 924 000. In den Jahren 1908 bis 1910 betrug der Geburtenüberschuß noch 880 000, im Jahre 1911 nur 740 000, also 140 000 weniger. Nach der Bevölkerungsstatistik von 1912 geht es in absteigender Linie unaufhaltsam weiter. In 42 Großstädten war im Jahre 1912 die Zahl der Lebendgeborenen wieder geringer als im Jahre 1911. Viele Städte haben trotz ihrer zum Teil starken Bevölkerungszunahme eine absolut geringere Geburtenzahl als vor einem Jahrzehnt.

Die Einschränkung der Geburtsziffern aus einem durchaus berechtigten Prinzip muß und wird ganz logisch Fortschritte machen, und zwar ganz andere, so lange die unheilvollen Einrichtungen und Zustände von heute bestehen und gar noch verschlimmert werden, solange eine hohe Geburtenziffer, ein Geburtenüberschuß der wirtschaftlichen und steuerpolitischen Ausbeutung der Arbeit zugute kommt, und insbesondere die Hauptreserve für den Wahnsinn des Wettrüstens bildet.

Die Nationalisten der rohen Gewalt, die Kriegsinteressenten und -fanatiker versetzt der Geburtenrückgang allerdings in eine sehr üble Stimmung. Es ist eine Selbsthilfe, die das Volk gegen die herrschenden Machtfaktoren übt.

Erst dann, wenn all die in Betracht kommenden unheilvollen Zustände und Einrichtungen überwunden sind, wenn an die Stelle der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung eine andere, eine gerechtere und vernünftigere getreten ist auf der Basis einer wahren Kulturgemeinschaft der Völker, der Völkersolidarität, des dauernd gesicherten Völkerfriedens — erst dann wird das Bevölkerungswesen so geregelt werden können, wie es den Aufgaben und Interessen einer solchen Gemeinschaft entspricht.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Schmerzen der Kreuzzeitungs-Ritter.

Die „Kreuztg.“ nimmt das Regierungs-Jubiläum Wilhelms II. zum Anlaß, erneut ihren Schmerz über den Fall des Sozialistengesetzes zum Ausdruck zu bringen, und daran zu erinnern, wie notwendig ein solches Gesetz wieder ist. Das Junkerblat kleidet seine freche Hetze in diese Form:

„Edelster Idealismus und vertrauensvollster Glaube an das deutsche Volk waren es, die den Kaiser bewogen, zur Aufhebung des Sozialistengesetzes die Hand zu bieten. Er wollte die sozialdemokratische Bewegung an ihrer wirtschaftlichen Ursache erfassen und vertraute darauf, daß die Unzufriedenheit mit ihrer Berechtigung schwinden müsse, daß die Feindschaft gegen den bestehenden Staat nachlassen werde in dem Maße, in dem eben dieser Staat für das Wohl der lohnarbeitenden Klasse Sorge trug. Dieser ideale Glaube war es, der seinen Ausdruck fand in der großartigen Fortsetzung und Vollendung des sozialen Fürsorgewerkes, das Kaiser Wilhelm I. durch die Botschaft von 1881 eingeleitet hatte. Deutschland ist mit seiner Sozialpolitik an die Spitze der Kulturstaaten gerückt. Der Kaiser darf mit Recht den Ehrennamen des sozialsten Monarchen der Zeit beanspruchen. Und doch ist sein edler Glaube getäuscht worden. Von der gesetzlichen Beschränkung befreit, ist die Sozialdemokratie um Millionen von Anhängern gewachsen, ist die stärkste Partei des deutschen Reichstages geworden, übt steigenden Einfluß nicht nur auf andere Parteien, sondern auf die Gesetzgebung des Reiches — und hat keines ihrer revolutionären Ziele geopfert, ist heut wie vor fünfundzwanzig Jahren der erklärte Feind der Gesetze und Ordnungen des monarchischen Staates. Hier liegt das brennendste Problem, das von diesen ersten fünfundzwanzig Jahren in die nächste Zukunft hineinlangt und gebieterisch Lösung heischt. Die endliche Ueberwältigung der revolutionären Bewegung ist nicht eine Frage nur der inneren, geschweige denn der Parteipolitik, nein, der ferneren nationalen Existenz und Zukunft. Alle die nationale Kraft, die wir nach außen weisen, ist letzten Endes Schein, wenn der Staat, der sie ausströmt, in sich nicht kerngesund und für die Ewigkeit gezimmert ist. Mögen wir auf den Bahnen der Weltpolitik freudig einer größeren Zukunft entgegengehen im ruhigen Vertrauen, daß die Sicherheit und die kontinentale Macht des Heimatlandes von einer Armee ohnegleichen behütet ist, wir gehen ins Ungewisse, wenn wir nicht die Sicherheit haben, daß dem Reich von innen her eine Gefahr nicht

drohen kann. Mit einer starken, von jeder gesetzlichen Bindung befreiten revolutionären Bewegung im Herzen, hat aber noch niemals ein Staat diese Sicherheit gehabt."

Hu! Hu! Hu!

v. Bethmann-Hollweg — Generalleutnant.

Der Reichskanzler ist beim jetzigen Regierungsjubiläum auch nicht ganz leer ausgegangen. Ihm wurde vom Kaiser ein „überaus gnädiges Handschreiben" und ein Kaiserbild geschenkt und außerdem der Charakter eines Generalleutnants verliehen. Der „Mann der gottgewollten Abhängigkeiten" wurde am 14. Juli 1909 Reichskanzler und avancierte am 16. August desselben Jahres zum Major. Wenn nun die bürgerlichen Parteien in der Budgetkommission sich über die Deckungsfragen noch nicht einigen können, erscheint die Generalleutnantsuniform.

Zu den Deckungsvorlagen.

Über den Stand der Verhandlungen über die Deckungsvorlage erfährt die „Kölnische Zeitung" aus den Reihen der nationalliberalen Reichstagsfraktion: Es dränge sich der Gedanke auf, es mit dem Vermögenszuwachssteuergesetz als Einigungsgrundlage zu versuchen. Es enthalte die Besteuerung des Kindeserbes in abgeschwächter Form und damit die Einigungsbasis. Bekanntlich hat die preußische Regierung von Anbeginn versucht, das Vermögenszuwachssteuergesetz zum Hauptstück der Deckungsvorlage zu machen; sie sei dabei aber auf den Widerstand anderer Bundesstaaten gestoßen. Es werden nun Beratungen auf Grund gewisser Einigungen über die Besitzsteuer beginnen und hoffentlich zum Ziele führen. Gelingt die Einigung nicht, dann bleibt den liberalen Fraktionen nichts anderes übrig, als ihre Anträge wegen der Erbschaftsbesteuerung einzubringen. In der nationalliberalen Fraktion ist darüber vollständige Einigkeit vorhanden; es steht indessen zu erwarten, daß eine Einigung in der Kommission zwischen Zentrum und den beiden liberalen Fraktionen erfolgen wird, daß sich die Sozialdemokratie, und wenn sie nicht übel beraten ist, auch die deutschkonservative Partei anschließen wird. Daß einer solchen Einigung gegenüber sich die verbündeten Regierungen ablehnend verhalten könnten, müssen wir als ausgeschlossen erachten, auch daß sich für die Regierungsvorlage keinesfalls eine Mehrheit finden wird. Das ist die gegenwärtige Lage. Die nächsten Tage werden in der Budgetkommission die Klärung bringen.

Verbesserung der deutschen Handelsstatistik.

In einem Nachtragsetat an den Reichstag werden für das Statistische Amt 33 Sekretariats-Assistenten neu gefordert. Die Aufgabe dieser neuen Kräfte soll es sein, die deutsche Handelsstatistik zu bearbeiten. Die Versuche der zentralen Aufarbeitung von handelsstatistischen Material sind bisher in der Weise durchgeführt worden, daß die Ausfuhr-Anmeldescheine und Post-Inhaltserklärungen von einer Reihe von Grenzzollämtern dem Statistischen Amt übersandt und von diesem verarbeitet worden sind. Die neuen Assistenten werden dem Zolldienst entnommen, wodurch sich bei der Verwaltung der Zölle Ersparnisse ergeben. Die Ausgabe ist mit 200 000 Mk. pro Jahr veranschlagt.

Zur preußischen Wahlrechtsfrage.

Die „Militärpolitische Korrespondenz" meldet: „Ein Wahlreformgesetz wird dem neuen preußischen Landtage voraussichtlich auch nicht bei seiner kommenden Wintersession vorgelegt werden, die mit einer feierlichen Thronrede eröffnet werden soll. Das hat jedoch nicht zu bedeuten, daß die preußische Regierung von einer Aenderung des preußischen Wahlrechts für absehbare Zeit überhaupt Abstand genommen hätte. Es besteht vielmehr die Absicht, den bereits 1910 unternommenen Versuch einer Verbesserung des geltenden Wahlrechts zu wiederholen. Nur ist bis jetzt über den Zeitpunkt, zu dem eine neue Vorlage gemacht werden soll, keine feste Entscheidung getroffen."

Wenn die Korrespondenz glaubt, mit dieser Meldung beruhigend zu wirken, so irrt sie sich.

Gegen den Terrorismus der Grubenherren.

Die polnischen Abgeordneten Dembeck und Sosinski haben im Reichstage folgende Anfrage eingebracht:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der „Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein" zu Kattowitz nach dem letzten Bergarbeiterstreik über Arbeiter die Arbeitsaussperrung auf drei Monate bei 1500 Mark Konventionalstrafe für jeden Zuwiderhandlungsfall verhängt hat, so zwar, daß Grubenarbeiter weder auf Gruben, noch auf Hütten und Fabriken, ja sogar bei von den Mitgliedern genannten Vereins abhängigen Unternehmern keine Arbeit erhalten, wiewohl Tausende von ausländischen Arbeitern auf den Industriewerken tätig sind und fortdauernd neue eingestellt werden?

Ist dem Herrn Reichskanzler insbesondere bekannt, daß die Königlich Preußische Bergwerksdirektion Zabrze diesem Beschlusse entsprechend handelt?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zum Schutze der einheimischen Arbeiter gegen diese, der Reichsgewerbeordnung widerstreitenden Maßnahmen zu tun?"

Der Papst gegen die christlichen Gewerkschaften.

Zu den Meldungen über einen bevorstehenden neuen Vorstoß der römischen Kurie gegen die christlichen Gewerkschaften erfahren wir aus führenden Kreisen der Kölner Richtung, daß letztere schon länger Kenntnis hiervon haben. Mehrere Abgesandte der Berliner Richtung waren während der letzten Krankheit des Papstes in Rom tagelang bemüht, einen weiteren Schlag gegen die christlichen Gewerkschaften herbeizuführen. In zentralistischen Kreisen wurden diese Bestrebungen angesichts der schweren Erkrankung des Papstes als pietätlose Aufdringlichkeit aufgefaßt, womit indessen nicht gesagt sein soll, daß die Berliner Richtung in Rom in Ungnade gefallen wäre oder daß die Ideen der Berliner Richtung an Sympathie verloren hätten. Die Berliner Treibereien haben jedoch die Wirkung gehabt, daß man nun in zentralistischen Kreisen zu der Erkenntnis gekommen ist, daß mit der letzten Enzyklika den christlichen Gewerkschaften nicht beizukommen und mit den konfessionellen Fesseln eine Unterdrückung der christlichen Gewerkschaften in Deutschland nicht zu erreichen ist. Deshalb will man diese jetzt an ihrer empfindlichsten Stelle, der Streikfrage, treffen. Wie aus den an der Gewerkschaftsfrage interessiertn Kreisen versichert wird, sieht man den zu erwartenden Schritten Roms mit der größten Seelenruhe entgegen.

Ein königliches Staatsstreich-Testament.

Professor Hintze hat in seiner Jubiläumsfestrede in der Berliner Universität mit der Absicht, die Verfassungstreue des regierenden Hohenzollern ganz besonders zu unterstreichen, eine Geschichte von Staatsstreichplänen erzählt, die der später in Geisteskrankheit verfallene König Friedrich Wilhelm IV. allen preußischen Thronerben testamentarisch vermacht hat. Professor Hintze erzählt darüber mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß er vom Kaiser ermächtigt sei, diese Dinge der Oeffentlichkeit zu übermitteln:

„Der regierende Kaiser sei von dem Justizminister und Kronsyndikus Dr. Friedberg in den letzten Stunden seines kaiserlichen Vaters darauf hingewiesen worden, daß ihm sofort nach dessen Hinscheiden ein für diesen Fall bereitgehaltenes verschlossenes Schriftstück von großer Wichtigkeit vorgelegt werden würde; und in der Tat war dies das erste, was Seine Majestät auf seinem Schreibtische vorfand. Er öffnete es und erkannte sofort die charakteristischen Schriftzüge König Friedrich Wilhelms IV. mit vielen Unterstreichungen und Ausrufungszeichen, wie dieser zu schreiben pflegte. Es war ein politisches Testament, das jedem Thronfolger beim Regierungsantritt vorgelegt werden mußte; und es enthielt eine in den stärksten und beweglichsten Wendungen gehaltene Mahnung, die Verfassung noch vor der Beeidigung umzustoßen. König Friedrich Wilhelm IV. hatte ja, wie man weiß, zeitlebens an dem Gedanken gehangen, die in Sturm und Drang des Revolutionsjahres geborene, von der Regierung zwar erst oktroyierte, dann aber auf dem Wege der Vereinbarung mit der Volksvertretung revidierte Verfassung zu ersetzen durch einen aus königlicher Machtvollkommenheit verliehenen Freibrief, der gar nichts von dem revolutionären Charakter moderner Konstitutionen haben sollte. Es war die Wurzel der vielfältigen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und seinem Ministerpräsidenten Otto v. Manteuffel gewesen, daß dieser die Hand dazu nicht bieten hatte wollen. Nun hatte Friedrich Wilhelm IV. noch über seinen Tod hinaus auf seine Nachfolger einzuwirken gesucht mit aller Macht, die ein Toter auf Lebende ausüben kann, um diesem Königswunsch in Zukunft doch noch einmal Erfüllung zu verschaffen. Kaiser Wilhelm II. hatte ebensowenig wie seine beiden Vorgänger irgend welche Neigung, diesem Appell seines königlichen Großoheims zu folgen; aber er ging weiter. Er erwog, daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, daß in Zukunft einmal ein junger, unerfahrener Herrscher zur Regierung käme, auf den dieses Testament doch vielleicht einen verhängnisvollen Eindruck hätte machen können: „Und seitdem — sagte Seine Majestät — war es mir, als ob ich ein Pulverfaß im Hause hätte, und es ließ mir keine Ruhe, als bis das Testament vernichtet war." Es wurde verbrannt und das Kuvert an das Königliche Archiv abgegeben mit der Bemerkung: „Inhalt vernichtet."

Soweit die Erzählung Professor Hintzes. Das Bild König Friedrich Wilhelm IV. wird durch diese Enthüllung nicht erheblich verändert. In dem Moment, als er in der Nacht vom 18. zum 19. März 1848 den wehleidigen und tränenreichen Bettelbrief an seine „lieben Berliner" schrieb, dachte er sicher schon darüber nach, wie er die siegreiche Revolution um ihre Früchte prellen könne und noch in der Zeit, da er mit den Märzministern regierte, in der Zeit, da er sich zum Schützer des deutschen Einheitsgedankens aufwarf, erwog er, wie die Landbevölkerung gegen die aufsässigen Berliner aufgeputscht und mobil gemacht werden könne. Einem Mann von solchen Charakteranlagen ist natürlich auch zuzutrauen, daß er in der Form eines politischen Testaments seine Nachfolger zum Staatsstreich und Verrat aufzustacheln sucht.

Wenn nun der Professor Hintze mit Genehmigung Wilhelms II. diese Episode jetzt der Oeffentlichkeit unterbreitet, um am Jubiläumstage die Verfassungstreue des regierenden Hohenzollern in besonders hellem Lichte erstrahlen zu lassen, so will uns gerade diese Episode freilich nicht recht beweiskräftig erscheinen. Die Staatsstreichidee des geisteskranken Preußenkönigs war viel weniger gefährlich für das Volk, als für die Hohenzollern. Und Wilhelm II. hatte instinktiv das richtige Gefühl gehabt, wenn er sagt, es sei ihm gewesen, als ob er ein Pulverfaß im Hause habe, solange jene Staatsstreichidee schwarz auf weiß in seinem Schreibtisch ruhte. Die preußische Verfassung kann gewiß keinen Anspruch darauf machen, als moderne Konstitution zu gelten. Aber durch Staatsstreich den uneingeschränkten Absolutismus wieder herzustellen, hätte sowohl im Jahre 1861, als der alte Kaiser die Regierung antrat, wie 1888 das „Pulverfaß" zur Explosion gebracht und der Herrschaft der Hohenzollern vermutlich ein Ende mit Schrecken bereitet. Wenn zur Behütung „junger, unerfahrener Herrscher" das Testament vernichtet wurde, dann geschah es also mehr zur eigenen Sicherheit der Hohenzollern als zur Wahrung der Verfassungsrechte des Volkes.

Die Amnestie.

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht in einer Sonderausgabe die Grundzüge der aus Anlaß des Regierungsjubiläums Wilhelm II. erlassenen Amnestie. Das Justizministerium soll Vorschläge machen und dazu besonders solche Personen auswählen, die zu ihren Straftaten durch Not, Leichtsinn, Unbesonnenheit oder Verführung veranlaßt worden sind. Den Angehörigen der Armee und der Marine werden die noch nicht vollstreckten Disziplinarstrafen erlassen. Ausgeschlossen ist der Erlaß von Disziplinarstrafen, die wegen Beleidigung oder vorschriftswidriger Behandlung Untergebener verhängt worden sind. — Auch der Kriegsteilnehmer wurde gedacht. 600 von ihnen, deren Auswahl dem Kriegsminister überlassen ist, erhalten ein Geldgeschenk von je 50 Mark.

Man muß sagen: weniger als diese Amnestie bietet, konnte nicht mehr gegeben werden, und auch das Gnadengeschenk an 600 Kriegsteilnehmer in Höhe von 50 Mark ist außerordentlich bescheiden. Von den Ordensverleihungen dürfte höchstens eine interessieren: die Verleihung des Roten Adlerordens an Herrn Dr. Krupp v. Bohlen und Halbach! Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg wurde in das Heerenhaus berufen und einige Generäle erhielten den Adel. Die Ordensverleihungen füllen fast 10 Seiten des „Reichsanzeigers", vom Hilfspolizeidiener bis zum Minister sind so ziemlich alle Stände bedacht worden, nur die diversen Knopflochschmerzen der Parlamentarier sind nicht gestillt worden, und auch der von den Fortschrittlern ersehnte Exzellenztitel für den Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf ist ausgeblieben.

Österreich-Ungarn.

Deutschnationale Preßfreiheit. Die systematische Verfolgung der Presse in Oesterreich hat nun ihren Höhepunkt gefunden in einer Programmrede des deutschnationalen Justizministers v. Hochenburger, die er im Preßausschuß hielt, der sich seit 11 Jahren mit einer Reform des Preßgesetzes beschäftigt. Der Minister verkündete sein Programm dahin, daß die Konfiskationsbefugnis der Staatsanwälte und Landräte (Bezirkshauptleute) fast in demselben Umfange aufrecht erhalten werden müsse wie bisher, daß aber die Zuständigkeit der Geschworenen für Preßvergehen auf ganz wenige Delikte eingeschränkt wird, und daß nicht nur die Beleidigungen gegen Privatpersonen (worauf sich der Ausschuß bereits festgelegt hatte), sondern auch gegen alle Beamte und auch gegen die Regierung neu zu schaffenden Schöffengerichten überwiesen werden sollen, die zur Hälfte aus gelehrten Richtern und zur Hälfte aus Schöffen bestehen. Eine solche Justiz bedeutet natürlich die vollständige Auslieferung der Presse an die staatlichen Richter. Und dieser Justizminister nennt sich deutsch-freiheitlich und hat seinerzeit als Abgeordneter verlangt, daß der Ministerpräsident Graf Badeni wegen seiner Verfassungsfeindlichkeit an die nächste Laterne gehängt werde!!

Holland.

Die Wahlen. Amsterdam, 14. Juni 1913. Auch am dritten Tage der Provinzialwahlen hat die sozialdemokratische Partei gut abgeschnitten. In Amsterdam z. B. stieg unsere Stimmenzahl im dritten Kreis von 3944 auf 6824 in drei Jahren, im fünften Kreis von 2056 auf 4086, im neunten Kreis von 4176 auf 7661, in Rotterdam im ersten Kreis von 1951 auf 3510, im zweiten Kreis von 1361 auf 3164, im vierten Kreis von 1319 auf 3850, im Haag von 3826 auf 8691, in Utrecht im ersten Kreis von 723 auf 1925, im zweiten Kreis von 589 auf 2504, in Haarlem von 864 auf 3091, in Groningen von 1208 auf 2753 usw. Es gibt eigentlich keinen Wahlkreis im ganzen Lande, in dem nicht ein überwältigender Stimmenzuwachs zu verzeichnen ist. Schon jetzt steht fest, daß die Parlamentswahlen der sozialdemokratischen Partei einen großartigen Wahlsieg bringen werden.

Balkan.

Zur Lage. Der Korrespondent der „Neuen Freien Presse" in Sofia erfährt: Griechenland und Serbien haben identische Noten bezüglich der Demobilisierung der Armee auf ein Viertel abgegeben. In der Antwort Bulgariens an Serbien, die durch den Gesandten in Belgrad übereicht wurde, wird in der Einleitung bewiesen, daß die an der serbischen Grenze vorgenommenen Konzentrationen bulgarischer Truppen durch die Ansammlung serbischer Truppen hervorgerufen wurden. Außerdem wird darauf aufmerksam gemacht, Serbien wolle einwilligen, daß in allen strittigen Gebieten gleich starke serbische und bulgarische Garnisonen eingesetzt werden, und Serbien wolle sofort zustimmen, daß beide Teile sich der Vermittelung des Zaren auf der Basis des bestehenden Vertrages unterwerfen. Schließlich wird befürwortet, daß die beiden Länder sich gegenseitig schriftlich ihren Standpunkt in der Vermittelungsfrage notifizieren sollen. Von Griechenland wird verlangt, daß vor der Demobilisierung in allen Gegenden, auf die Bulgarien Anspruch erhebt, bulgarische und griechische Garnisonen eingesetzt werden, und gleichzeitig direkte Verhandlungen zwischen beiden Ländern wegen Austragung des Streites geführt werden. Bulgarien hält die von dem russischen Minister des Auswärtigen Sasanow angeregte Zusammenkunft der vier Balkan-Ministerpräsidenten in Petersburg für überflüssig, bevor Serbien nicht bündig erklärt, daß es den Vertrag einhalten will. Bulgarien wird sich voraussichtlich damit begnügen, dem Minister Sasonow durch seinen Petersburger Gesandten ein Memorandum überreichen zu lassen.

Der serbische Ministerpräsident Pasitsch hat die Demission des Kabinetts, die er bereits eingereicht hatte, zurückgezogen.

Marokko.

Aus Anlaß der Kämpfe in Marokko haben die Franzosen ein Bataillon und zwei Artillerieabteilungen nach Agadir gesandt. Ohne Kampf haben sie Agadir besetzt. Im Innern dauern die Kämpfe zwischen Eingeborenen und Spaniern resp. Franzosen fort.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 17. Juni.

Achtung Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Lübeck! Über die Arbeiten der hiesigen Baudeputation (Staatsplatz) ist wegen Nichtanerkennung der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Sperre verhängt.

Die Tarifkommission.

Natur und Arbeiter. Die goldgesegneten Herren und Herrschaften rüsten, nachdem sich viele von ihnen bereits an den sonnigen Gestaden der Riviera von ihrer schweren „Arbeit" erholt haben, zu einem mehrwöchigen Aufenthalt in irgend einem Seebad oder n den Alpen. Der Arbeiter, der früher sein freudenloses und mühevolles Leben als eine Schicksalsfügung hinnahm, hat nunmehr auch das Anrecht auf den Naturgenuß, das früher ein unbestritenes Vorrecht der besitzenden und wohlhabenden Klasse war, für sich reklamiert;

er hat erkannt, daß die Schönheiten der Natur auch für ihn geschaffen sind. Leider ist es nur einem geringen Teil der Arbeiterschaft geboten, einmal im Jahre auf einige Tage der staubgeschwängerten Luft der Fabrik oder Werkstatt zu entfliehen und neue Kräfte zu neuem Schaffen zu sammeln. Um so mehr müßte die Arbeiterschaft ihre freien Sonntage nützen und unter das grüne Laubdach des Waldes hinauswandern, um so die Schädlichkeiten der einseitigen Berufstätigkeit wenigstens in etwas auszugleichen. Nichts fördert so die Gesundheit, stählt die Muskeln, kräftigt die Willenskraft und hebt die Lebensfreude, wie das Wandern in der herrlichen Natur.

Aber das Wandern ist nicht nur ein Mittel zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit, es bewirkt auch eine höhere und edlere Auffassung des Lebens und mehrt die Bildung. Die stete und innige Berührung, in die der Wandernde mit der Natur zu treten gezwungen wird, ist die Ursache, daß er an mancherlei Vorgängen in dieser Natur, die ihm sonst entgehen, Anteil nimmt.

Die Natur ist ein aufgeschlagenes Buch, hat uns der große Forscher Alexander v. Humboldt schön und zutreffend gesagt. Jeder wahre Mensch soll in diesem aufgeschlagenen Buche lesen können, soll die Sprache der Natur verstehen. Erst dann wird ihm klar werden, welche Stellung er selbst im Kosmos einnimmt. Die Ammenmärchen, die man uns in unserer Jugend über das Werden aller Dinge eintrichtert, sind verrauscht; wir stehen mitten in der Natur, zu der wir selbst gehören und mit deren Lebewesen uns tausende Fäden verknüpfen. Wer mit solchen Gedanken durch die Welt geht, der kann an dem endlichen Siege des Lichtes und der Wahrheit nicht zweifeln, der kann nicht daran zweifeln, daß das Volk der Arbeitsmenschen schließlich für alle, die da schaffen, Freiheit und Gleichheit erringen wird. Daß aber der Proletarier zu solchen Gedanken gelangt, das bewirkt das Wandern im Freien, das Beobachten der Vorgänge in der Natur und der befruchtende und belebende Gedankenaustausch mit gleichgesinnten Menschen.

Wer so seine freie Zeit nutzt, wer solche Andacht draußen in der Natur hält, der wird mit seinen Genossen als mutiger und freudiger Kämpfer zu Tal steigen, die Brust voll flammender Begeisterung für die Sache der Freiheit. Der wird nicht anders können, als mutig und mit voller Überzeugung für die Forderungen der Arbeiterschaft einzutreten. Deshalb bietet das Wandern neben den vielen andern Vorteilen auch den, daß es zu starken, zielbewußten und verläßlichen Kämpfern macht. Wer da in die herrliche Natur hinauseilt, wird Lebensfreude und Kampfeslust heimwärts tragen. Das Volk der Arbeit aber braucht körperlich und geistig gesunde lebensfrohe Kämpfer, die imstande sind, die Waffen des Geistes zu schwingen, wie sie gewohnt sind, das Handwerkszeug zu meistern.

b. **Schöffengericht** am 17. Juni. Wir wissen von nichts! Der Gewerbeschulbesuch ist für Handwerkslehrlinge so notwendig wie das liebe Brot. Die Schulzeit ist auch, wenigstens im Winter, so weit hinausgerückt, daß höchstens eine Stunde dem Meister von der billigen Arbeitskraft des Lehrlings verloren geht. Trotzdem beißt sich noch manches Meisterlein auf die Zähne, wenn die verfluchte Stunde naht. . . . Schon wieder die verdammte Schule, wo noch so schön zu tun wäre. Zum Glück für die Lehrlinge werden die Versäumnisse sofort geahndet und so wird ein regelmäßiger Schulgang gewährleistet. Mehrfacher Vergehen gegen das Gewerbeschulgesetz hat sich der Tischlermeister M. zuschulden kommen lassen. Heute legte er wieder Berufung ein gegen eine polizeiliche 5-Mark-Strafe, hat damit jedoch keinen Erfolg. Die Aussagen des Meisters, seiner Tochter und des Lehrlings über die Art der Arbeit, gehen alle darauf hinaus: wir wissen nichts mehr, sodaß der Richter selbst sagen mußte, solch unbestimmte Antworten seien ihm noch nicht vorgekommen. Die 5 Mark Strafe bleiben bestehen, weil nicht nachgewiesen werden konnte, daß „dringende Gefahr" den Meister berechtigte, seinen Lehrling vom Schulbesuch zurückzuhalten. Es wurde lebhaft erwogen, ob nicht eine höhere Strafe Platz greifen sollte. — Unrechtmäßiges Taschengeld. Der 18jährige Knecht H. in Mönkhagen wurde von seinem früheren Arbeitgeber mit 1850 Mk. nach Büchen geschickt, um Vieh zu holen und zu bezahlen. Diesen Antrag führte H. auch richtig aus, doch vergaß er die übrig bleibenden 25 Mk. abzuliefern. Er kam damit in die Herberge in der Lederstraße, wo er tüchtig ausgab. Ein Anwesender redete dem Burschen, als das Geld alle war, zu, mit einem Viehtransport nach Köln zu fahren, versprach ihm freie Reise im Viehwagen erster Klasse und 8 Mk. Lohn. Das war des jungen aus Stockelsdorf gebürtigen Knechtes erste größere Reise. Er arbeitete einige Zeit zu Köllen an dem Rheine, dann zog ihn die liebe Heimat wieder an. Hier lud ihn der Staatsanwalt ein, von wegen der 25 Mk., die dem Viehhändler gehörten. Angeklagt wegen Unterschlagung, wird gegen den jungen Mann eine Woche Gefängnis beantragt und ausgesprochen. — Waldholzdiebstahl. Im Forstort Hohe Meile hatte der Kohlenhändler N. aus Schlutup einige Raummeter Reiserholz gekauft. Unweit von diesem Holz lagen etwa 7 Raummeter Knüppel, die einem Fuhrmann B. gehörten. Als dieser das Holz abholte, merkte er, daß ihm ein anderer die Mühe erleichtert und einen Meter schon abgefahren hatte. Beim Angeklagten wurde unter seinem Holz ein Stück gefunden, das die Hausnummer des gestohlenen Holzes trug. Auch wurden zersägte Nutzrollen gefunden, die N. auf dem Wege gefunden haben will. Trotzdem der Angeklagte den Holzdiebstahl leugnet, hält ihn das Gericht für überführt und verurteilte ihn zu 1 Woche Gefängnis. — Ein Ritter!? Der Matrose M. hatte mit einer Hamburger Arbeiterin ein loses Verhältnis, das er eine Zeitlang ganz gut auszunutzen verstand. Als er eines Tages abgemustert hatte und wohl auch genügend in den Wirtschaften herumgestrolcht war, ging er mit dem Mädel los, das in seinen Ansprüchen bescheiden war: ein Schnitt Bier und ein Butterbrot. Er versprach ihm allerdings, eine Bluse zu kaufen. In seinem Suff wußte der junge Mann nicht mehr, wo seine paar Märker hingekommen waren, er behauptet, das Mädchen habe sie ihm gestohlen. Dieses erklärt bestimmt, daß der Geliebte ihr 3 Mk. zu dem Blusenkauf gegeben habe. Darauf ging der Kerl hin und zeigte das Mädchen, dessen Gutmütigkeit er genossen, wegen Diebstahls an; nebenbei denunzierte er sie wegen Unzucht mit einem anderen. Der Staatsanwalt beantragte wegen Diebstahls zwei Wochen Gefängnis, stellte das zweite Vergehen als nicht erwiesen in das Ermessen des Gerichts. Das Urteil wird am Donnerstag verkündet, es soll noch eine Zeugin vernommen werden.

Wilhelm II. will auf Einladung des Senats im August nach Lübeck kommen. Hoffentlich bezahlen die Senatoren nun auch aus eigener Tasche die Kosten für diesen Besuch; die lübschen Steuerzahler in ihrer Mehrheit haben ihn nicht gewünscht. Es wäre also nur recht und billig, wenn man sie von den Kosten verschonen wollte.

Eine Amnestie. Der Senat hat gestern aus Anlaß des Jubiläums in Berlin beschlossen, vornehmlich solchen verurteilten Personen, die zu ihren Straftaten durch Not, Leichtsinn, Unbesonnenheit oder Verführung veranlaßt worden sind, Erlaß oder Minderung ihrer Strafen in Gnaden zu gewähren. Er hat zu diesem Zwecke seine Justizkommission beauftragt, ihm in geeigneten Fällen Vorschläge entgegenzubringen.

pb. **Steckbriefling.** Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Grostiko, der seitens der Großherzoglichen Amtsanwaltschaft in Ratzeburg wegen Bedrohung, Beleidigung und Hausfriedensbruchs steckbrieflich verfolgt wird.

pb. **Diebstähle.** In der Nacht vom 14. zum 15. d. Mts. sind auf dem Hofe Dänischburg einem Arbeiter ein grauer Jackettanzug mit zwei Reihen Knöpfen, ein graues Winterjackett, ein Handtuch mit roten Streifen ohne Zeichen und ein Zehn-Markstück gestohlen worden. — In der Zeit vom 9. bis 15. d. Mts. sind aus einem an der Marlesgrube belegenen Hause 1 Paar schwarze fast neue Herren-Schnürschuhe abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Sachbeschädigung.** Festgenommen wurde ein Arbeiter, der sich auf dem Hofe Dänischburg der Sachbeschädigung dadurch schuldig machte, daß er eine Pumpe demolierte.

Säuglingsfürsorgestelle I. Die nächste Sprechstunde findet am Mittwoch von 2 bis 3½ Uhr nachmittags Kahlhorststraße 31/33 statt.

Trave-Dampfschiffahrt-Gesellschaft. Man schreibt uns: Die günstige Witterung ist der Trave-Dampfschiffahrt in diesem Jahre besonders günstig, denn die Schiffe derselben werden vom Publikum gern benutzt, namentlich war während der heißen Tage der Besuch von Fahrgästen ein recht reger. Viele ziehen, und mit Recht, eine Wasserfahrt einer Wanderung auf staubiger Straße vor. Die Schiffe der Trave-Dampfschiffahrt sind kenntlich an ihrem blütenweißen Anstrich und weißem Schornstein mit blauem Stern. Für den Komfort ist bestens gesorgt und bietet die Kajüte auch bei eintretender ungünstiger Witterung angenehmen Schutz. Die Decks sind bequem eingerichtet und Küche und Keller vorzüglich imstande.

---

w. **Mölln.** Der Zopf hängt ihnen hinten. Mölln hat am Ziegelsee eine vielen Fremden bekannte Freibadeanstalt, die recht viel besucht und deren recht primitiven Zustände in diesem Jahre durch den Neubau eines Pavillons in etwas Abhilfe geschaffen worden ist. Bisher konnte dort den ganzen Tag gebadet werden und war der Besuch von den hier weilenden Fremden gewöhnlich des Vormittags ein starker, weil dann die Badenden die Gelegenheit benutzten und sich dort neben dem Bad von der Sonne das Fell ganz gehörig braun brennen ließen; auch Eltern badeten dort mit ihren Kindern, um diese unter Aufsicht zu haben. Diesem beinahe idyllischen Zustande hat jetzt der Magistrat durch eine Verordnung ein Ende gemacht, in der zunächst die Badezeit für Erwachsene getrennt und ebenso für die Kinder getrennt festgesetzt und das Verweilen von Personen bei der Badeanstalt während der Zeit, in welcher sie nicht baden dürfen, und das Befahren des Sees in der Nähe der Badeanstalt bis auf 100 Meter Entfernung verboten ist. Liest man diese Verordnung, dann kann man zu der Ansicht kommen, daß in der Freibadeanstalt sich Dinge abgespielt haben, die ein Eingreifen des Magistrats notwendig machten, man kann aber auch zu der Auffassung kommen, daß der Magistrat durch diese Verordnung der Bevölkerung demonstrieren will, wie notwendig es war, den Grund und Boden für das neuerbaute Luisenbad für jährlich 2 Mk. Kanon herzugeben und dem Unternehmer noch einen jährlichen Zuschuß aus städtischen Mitteln zu gewähren, ohne das für die Bevölkerung irgendwelche Vergünstigungen verlangt wurden. Während für die erwachsenen weiblichen Personen die Badezeit in der Freibadeanstalt von 8 bis 12 Uhr vormittags festgesetzt ist, dürfen die erwachsenen männlichen Personen nur von 6½ bis 8 Uhr nachmittags baden. Warum darf nicht länger als bis 8 Uhr gebadet werden, da die arbeitende Bevölkerung z. B. bis zu dieser Zeit bei den hier noch herrschenden langen Arbeitszeiten gar nicht zum Baden kommen kann, ebenso die Lehrlinge der hiesigen Handwerker und Geschäftsleute. Warum die Trennung der Geschlechter, die doch im Luisenbad auch nicht durchgeführt ist? Heinrich Heine würde singen: Gott schütze unsern Magistrat usw.

Hamburg. Die Sonntagsruhe. Die Fortsetzung der bürgerschaftlichen Beratung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zeitigte allerlei für die Stadt der Pfeffersäcke und Krämerseelen charakteristische Momente. Der durch seine Terrainspekulationen bekannte Millionär Ed. Siemens, der großes Ansehen in seiner Vaterstadt genießt, weil er ihr von seinen Millionen diverse Stiftungen gemacht hat, klagte beweglich über die Entartung der Handelsangestellten, die nicht mal mehr Sonntags morgens die Briefpost einsehen wollen. Er mußte sich von dem Liberalen Schaper sagen lassen, daß seine Auffassungen dreißig Jahre hinter der Zeitrechnung zurück seien. Der Pfarrer D. Rode ergötzte die fortschrittlich gesonnenen Bürgerschaftsmitglieder durch sein Gesalbader, daß die heutige Jugend den lieben Herrgott vernachlässige. Mit Rucksack und Bergsteigerkostüm ziehe man am Sonntagmorgen hinaus ins Freie, während die Kirchenglocken umsonst läuteten und er und seinesgleichen vor leeren Bänken predigten. Den einzig richtigen Schluß, der daraus zu ziehen wäre, nämlich die Kirchen zu schließen und keine neuen zu bauen, zog der Herr Hauptpastor allerdings nicht. Gar hilflos auf verlorenem Posten kämpften die Mittelstandsretter, die durch die um eine halbe Stunde früher eintretende Sonntagsruhe ihren Konkurs schon vor Augen sahen. Der endgültige Beschluß, daß im allgemeinen die sonntägliche Verkaufszeit auf die drei Stunden von 7 bis 10 Uhr vormittags beschränkt bleiben soll, ist ganz besonders der überzeugenden Argumentation unseres Genossen Weinheber zu danken. Es ist anzunehmen, daß der Senat baldigst seine Zustimmung zu den von der Bürgerschaft gefaßten Beschlüssen erteilt, so daß noch in diesem Sommer Tausende von Handelsangestellten den Vorteil eines menschenwürdigeren, freieren Daseins genießen können.

Lütjenburg. Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Zentralvereins für den neunten schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis fand am Sonntag in Lütjenburg statt. Anwesend waren 16 Vertreter, darunter eine Genossin, von zehn Ortsvereinen, zwei Vertreter des Zentralvorstandes, ein Vertreter der Kontrollkommission, Genosse Poller-Kiel für den Bezirksvorstand, die Genossen Frölich und Krause für die Redaktion und Expedition der „Volkszeitung", Genosse Fick für das Fürstentum Lübeck, Genosse Koth-Lübeck für den betreffenden Bezirk und der Reichstagskandidat Genosse Weinheber. Aus dem von dem Vorsitzenden, Genossen Meyer, erstatteten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß in diesem Wahlkreise, den man wohl das schleswig-holsteinische Ostelbien nennen kann, die Agitation eine äußerst schwierige und sehr mühselige ist. Es fehlt Industrie und Gewerbe. Die Fluktuation der gelernten Arbeiter ist eine große. Kaum sind die Leute für unsere Bewegung gewonnen, müssen sie wegen Mangels an Arbeit abreisen. Hinzu kommt der Lokalmangel. So ist es in Oldenburg, einem Städtchen von über 2000 Einwohnern, nicht möglich, eine Zusammenkunft der Genossen in einem dortigen Lokal zu erzielen. Die „Sitzungen" müssen, weit von der Stadt, „stehend" abgehalten werden. Dann fehlt es oft an geeigneten Leuten. Wo solche vorhanden, wirkt die wirtschaftliche Abhängigkeit so, daß wir diesen guten Genossen bald los werden. Die Mitgliederzahl ist um sieben zurückgegangen und betrug am 31. März 527, davon 39 weibliche. Der Rückgang ist auf den früheren Geschäftsschluß — 31. März — und eine schärfere Ausschließung der Restanten zurückzuführen, denn der Markenverkauf ist gegenüber dem Vorjahr sogar beträchtlich gestiegen. Vom 1. April 1911 bis 31. März 1912 sind 5245 und vom 1. April 1912 bis 31. März 1913 aber 5567 Marken umgesetzt. Die Zahl der Leser der Arbeiterpresse hat sich um sechs vermehrt und beträgt jetzt für die „Volkszeitung" und den „Lübecker Volksboten" zusammen 355. Gewerkschaftlich organisiert sind im neunten Kreise 1453 Arbeiter gegen 1402 des Vorjahres. Hier gibt es noch viel Arbeit zu leisten, um diese Leute auch zur politischen Organisation zu bringen. In Frage kommt hauptsächlich der Bauarbeiterverband, dessen Mitglieder oftmals ganz versagen. Ortsvereine sind in Klein-Schenkenberg bei Lübeck und in Lütjenburg gegründet. Auch die Genossenschaftsbewegung hat gute Fortschritte gemacht durch Eröffnung der Verkaufsstellen in Segeberg, Wankendorf, Plön und Neustadt, so daß jetzt in jedem größeren Parteiort des Kreises eine Verkaufsstelle besteht. An den Stadtverordnetenwahlen haben sich die Genossen in Segeberg, Neustadt, Burg a. F. und Heiligenhafen beteiligt. Erfolge sind nicht zu verzeichnen. Ist doch der Wahlzensusbein sehr hoher (900 Mk. und 1200 Mk.). Dafür gelang es unsern Genossen in Rethwischfeld bei Oldesloe zwei Mandate zu erobern, so daß die dortige Gemeindevertretung nicht mehr sozialistenrein ist. Die Landtagswahlen brachten nur einige Versammlungen von unserer Seite. Die Liberalen, die in den kleinen Städten die Mehrheit haben, versagten mit wenigen Ausnahmen völlig. Sie wollen nicht wirtschaftlich geschädigt werden durch öffentliche Stimmabgabe für einen liberalen Mann. Ja, es sind nicht einmal Wahlmänner aufzutreiben gewesen. So wirkt der Terror der Agrarier. Bei öffentlichen Versammlungen muß z. B. in Lütjenburg der liberale Redner zugleich Vorsitzender sein, weil sich niemand aus dem Bürgertume dazu hergibt, aus Angst vor wirtschaftlichem Nachteil. Trotz dieser Angst ist der Liberalismus in Schleswig-Holstein immer bereit, im Kampfe gegen — den Sozialismus zu arbeiten. Die Einnahme betrug 3318 Mk., darunter befinden sich 1897 Mk. Zuschuß vom Bezirksvorstand. — Der Vorsitzende der Kontrollkommission rügte die unrichtige Aufmachung der Abrechnung. In der Diskussion machte Genosse Poller auf die „Landpost"-bezieher aufmerksam. Lieber etwas mehr Porto ausgeben und die Gewähr haben, daß die Post richtig ankommt und ihre Wirkung ausübt, als Partiebezieher, die die „Landpost" liegen lassen. Beschlossen wurde, die Kontrollkommission hat vor jeder Generalversammlung die Kasse des Zentralkassierers zu revidieren. Die Berichte der Delegierten aus den einzelnen Orten vervollständigten das Bild der überaus mühsamen Agitation. Doch zeigte sich überall das Bestreben, nach besten Kräften für unsere Sache zu wirken. Die Delegation für den Bezirksparteitag haben die Ortsgruppen Burg a. F., Lütjenburg, Segeberg, Rethwisch und Klein-Schenkenberg. Über den deutschen Parteitag unter besonderer Berücksichtigung der politischen Lage hielt Genosse Weinheber ein interessantes Referat, das mit großem Beifall aufgenommen wurde. Die Beschickung des deutschen Parteitags soll der Kosten wegen mit dem vierten schleswig-holsteinischen Wahlkreise abwechselnd geschehen. Eine längere Debatte brachte die Entschädigung für die Landagitation. Doch wurden die dazu gestellten Anträge abgelehnt. Zentralvorstand und Kontrollkommission wurden beauftragt, über den Ort, wo die nächste Generalversammlung stattfinden soll, zu beschließen. Der Sitz des Zentralvorstandes bleibt wie bisher Neustadt. Ebenso wurde Segeberg wieder für den Sitz der Kontrollkommission bestimmt. Auch die Wahlen für den Zentralvorsitzenden und Kassierer brachten keine Änderung.

Kiel. O, welche Lust, Soldat zu sein! Ein bezeichnender Fall, wie beim Militär die sogenannten „alten Leute" mit den Leuten der jüngeren Jahrgänge umspringen, wurde vor dem Oberkriegsgericht der Ostseestation aufgerollt. Am ersten Ostertag wurden die katholischen Mannschaften vom Linienschiff „Wittelsbach" in Booten zum Kirchgang an Land gesetzt. Unterwegs hielt sich der einem jüngeren Jahrgang angehörende Matrose R. darüber auf, daß die alten Leute Extraknöpfe an den Jacken trugen. Darüber kam es zwischen ihm und den Matrosen Charnetzki und Senden zu einem Wortwechsel und die beiden verprügelten R. Damit noch nicht genug, die Rache war noch nicht gekühlt. Am nächsten Tage sollte R. verprügelt werden, weil er sich nicht ordnungsgemäß gegen die „alten Leute" benommen haben soll. Als er mittags an der Back saß, wurde er von Charnetzki zur Rede gestellt, während die anderen im Hinterhalt lauerten. Dann fielen sie alle über R. her und bearbeiteten ihn mit einem Brett, einem Teekessel und Eß- und Trinkgeschirren. R. wurde im Gesicht und am Kopf verletzt und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Wie geschlagen wurde, ersieht man daraus, daß der zum Schlagen benutzte Teekessel und die Eß- und Trinkgeschirre total verbeult wurden. Wegen dieser Prügelei wurden die Matrosen bezw. Obermatrosen Senden, Charnetzki, Zeller, Cerowski, Koschinski, Kossian und Paleit vom Kriegsgericht wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung verurteilt, und zwar Senden zu fünf Monaten einer Woche, Charnetzki zu drei Monaten einer Woche und die übrigen zu je drei Monaten Gefängnis. Ihre Berufung wurde vom Oberkriegsgericht als unbegründet verworfen.

Neumünster. Blutiges Ehedrama. Der Gelegenheitsarbeiter Thom, der gegenwärtig in Kiel lebt, kam am Sonntag hierher, um seine Frau zu veranlassen, wieder mit ihm zusammen zu leben. Die Frau lehnte dieses Ansinnen aber ab. Darauf ergriff Thom ein Messer und stach sich selbst in die Brust, worauf die Frau nach dem Treppenflur flüchtete. Thom verfolgte sie und brachte ihr nicht weniger als 20 bis 30 Messerstiche am Kopf und an den übrigen Körperteilen bei. Nach der Tat flüchtete er. Verschiedene Personen verfolgten den Messerstecher, getrauten sich aber nicht an ihn heran, weil er sie auch mit dem Messer bedrohte. Thom ist nach den städtischen Anlagen geflüchtet und trotz eifriger Nachforschungen ist es noch nicht gelungen, ihn dort zu ermitteln. Die Frau ist in bedenklichem Zustande dem städtischen Krankenhause zugeführt worden. Es wird angenommen, daß Thom in den städtischen Anlagen Selbstmord verübt hat. — Durch Nachtfröste wurde in ganz Mittelholstein und darüber hinaus sehr großer Schaden angerichtet. Viele Landleute sind gezwungen, die Felder umzupflügen und neu zu besäen.

Schwerin. Ländliche Feuersbrunst. Durch Brandstiftung sind in der verflossenen Nacht auf dem Gute Breesen bei Sülze drei Scheunen, ein Viehhaus und ein Schafstall abgebrannt. Über 150 Kühe und 450 Schafe sind dabei umgekommen. Der Gebäudeschaden beträgt allein über 10 000 Mk.

Wyk auf Föhr. Beim Spielen ertrank im Königsgarten die zweijährige Tochter des Hafenarbeiters Heinrich Hansen in dem dort befindlichen Teich für die Hafenspülung.

Bremen. Ein Opfer seines Berufes. Sonntag abend ist der Streckenwärter Friedrich Scharringhausen, als er mit einem Kollegen die Bahnstrecke zwischen Graf-Moltkestraße und der Blockstation Hastedt revidierte, in Höhe der Bahnunterführung an der St.-Jürgenstraße unter den Kölner D-Zug geraten. Er lag zwischen den Schienen und war total zermalmt worden.

Bremerhaven. Großfeuer. In der Tecklenborgschen Werft in Geestemünde ist gestern abend Großfeuer ausgebrochen, das um Mitternacht noch andauerte.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Steiling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Am Sonntag, dem 15. Juni, verschied der Bäcker

Hans Jess.

Wir betrauern in dem Verstorbenen einen langjährigen, treuen Mitarbeiter und werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren. 4705

Vorstand u. Aufsichtsrat der Lübecker Gen.-Bäckerei
e. G. m. b. H.

Milchjunge beim Hansa-Wagen gesucht.
4713) Zu melden Wickedestraße 55.

Eine 3-Zimmer-Wohnung mit 10 Ruten Land zum 1. Oktober zu vermieten. Preis 124 Mk. (4694
Chr. Buck, Mori.

---

1 Wohnung für einzelne Frau zum 1. Oktober zu vermieten.
4700) Schwartau, Auguststr. 18.

Billig zu verkaufen weiße Bluse, Kleider, Kostüme, Sommerpaletots Fußzeug (4678
Hundestraße 107.

Montag abend 5 Uhr entschlief sanft nach schwerem Leiden mein lieber Mann, mein guter Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel

Karl Specht

im fast vollendetem 28. Lebensjahr, tief betrauert von den Angehörigen

Henriette Specht, geb. Bartels.

Trauerfeier: Freitag, 20. Juni, nachmittags 4¼ Uhr, in der Kapelle Vorwerk. (4714

Deutscher

Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Am Montag, dem 16. Juni starb unser langjähriges Mitglied, der Kesselschmied

Karl Specht.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4½ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Die Mitglieder versammeln sich zur Teilnahme am Begräbnis um 4 Uhr im „Weißen Hirsch".

4712) **Die Ortsverwaltung.**

Gebr. Ladeneinrichtung
3122) Johannisstraße 63.

Ein Fahrrad mit Freilauf billig zu verkaufen (4691
Hundestraße 81, II., rechts.

Einen fast neuen Tockhut und alten Kinderwagen zu verkaufen.
(693) Klosterstraße 22.

Wichtig für Briefmarkensammler.
Eine Briefmarkensammlung, enth. ca. 4000 guterhaltene Exemplare, sehr preiswert zu verkaufen.
7(2) An der Falkenwiese 13 I. links.

Eine Glocke mit 11 Röhren
zu verkaufen.
Augustenstraße 24a, I.

Ein gut erhaltener Klappsportwagen zu kaufen gesucht. Offerten mit Preisangabe unter **H W** an die Expedition d. Bl. (4709

Zu kaufen gesucht ein starker Kinderblockwagen. Offerten mit Preisangabe unter **S K 3** an die Expedition d. Bl. (4699

Zu kaufen gesucht ein guterhalt. Klappsportwagen. Angebote mit Preisangabe unter **F R 50** an die Expedition d. Bl. (4711

---

2 junge Maltakatzen
zu verkaufen.
Marlistraße 17.

Für die Schulden meiner Frau komme ich nicht. (4714
O. Burmeister, Schönkampfer.

Unter alte emaill. Töpfe werden neue emaillierte Böden gesetzt.
(82) **Mengstraße 19.**

Von

„Welt und Wissen"

ist der erste Jahrgang abgeschlossen und können die Extra-Bände gegen Rückgabe der 52 Gutscheine in Empfang genommen werden. Vom zweiten Jahrgang ist Heft 53 bereits erschienen; wir ersuchen unsere bisherigen Leser die Weiterlieferung veranlassen zu wollen. Auch beim zweiten Jahrgang werden gegen Rückgabe der Gutscheine Nr. 53—104 wieder 3 gutbroschierte, ca. 160 Seiten starke Bände als Extra-Beigabe abgegeben, sodaß jeder Leser mit der Zeit eine schöne Bibliothek mit wissenswertem Inhalt erhält. Von den Extra-Beigaben erscheinen noch folgende Bände mit nachstehendem Inhalt:

Illustrierte Geschichte des Deutschen Volkes.
Illustrierte Weltgeschichte.
Die Entstehung der Erde.
Illustr. Kulturgeschichte des Deutschen Volkes.
Denkwürdige Entdeckungsreisen.
Denkwürdige Erfindungen.
Illustrierte Tierkunde.
Illustrierte Pflanzenkunde.
Entdeckungsreisen im schwarzen Erdteil.
Illustriertes Buch der Chemie.
Der Vulkanismus.
Die Luftschiffahrt und der Aeroplan.
Der Bau des menschlichen Körpers.
Die Völker Asiens.
Die Völker Afrikas.
Die Völker Amerikas.
Illustrierte Geschichte des Altertums.

Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und reell bei
Markt 4. **Otto Albers** Kohlmarkt 10.
z. B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an. Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
82) **Rote Lubeca-Marken.**

Zentralverband
proletar. Freidenker.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 16. Juni
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.
4696) **Der Vorstand.**

Achtung Maler!

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 18. Juni
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Ortstarifamt.
2. Kartellbericht.
3. Abrechnung vom Stiftungsfest.
4. Verschiedenes.

4701) **Der Vorstand.**

Lübecker Sommer-Theater
i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.
Mittwoch, den 18. Juni:
Der Possenschlager:
Julchens Flitterwochen.
Donnerstag, 19. Juni, geschlossen.
Freitag, den 20. Juni:
Neuität für Lübeck:
Kater Lampe.
Heitere Komödie von Rosenow.
Sonnabend, den 21. Juni:
Der wilde Reutlingen.
4695) Anfang stets 8¼ Uhr.

Konzerthaus Friedrichshof.

Morgen am Waisenkinderfesttage:

Großer BALL.

Anfang 8½ Uhr 4708 Eintritt frei.

Konzerthaus Flora.

Morgen Mittwoch, 4707
am Waisenkinderfesttage:

Grosses Tanzkränzchen.

Anfang 8 Uhr. Eintritt frei. Max Siems.

Hansa-Halle.

Morgen am Waisenkinderfesttage:

Grosses Tanzkränzchen.

Musik: Doppelbesetztes Ball-Orchester. 4706
Eintritt frei. **J. Rieck.**

Restaurant „Waldhütte",

Luisenstraße 49
gegenüber dem L.-B.-C.-Sportplatz.
Schöner Garten. .·. Geschlossene Veranda. .·. Klubzimmer.
3916 L. Wichmann.

Motto: Eine Wohltat eigner Art
Ist und bleibt 'ne Wasserfahrt.

Täglich große Erholungslustfahrten

nach der herrlich gelegenen **Waldhalle Schwartau** mit den auf das Eleganteste eingerichteten, mit großem Promenadendeck versehenen

Salon-Dampfern Sadowa — Waldhalle — Vesta — Hera,

erkenntlich an ihrem blütenweißen Anstrich, weißem Schornstein und blauem Stern.

Lübeck-Schwartau (Waldhalle) und zurück.

Vom 1. Mai bis 31. August:
Rote Flagge vorne.
Richtung
Holstenbr. (Travpvl.-Schwart. (Waldhalle) Struckfähre anleg.
Ab Holstenbr. 10³⁰ m. 1³⁰ 3⁰⁰ 4³⁰ 6⁰⁰ 7³⁰ n.
Ab Schwartau 11²⁰ m. 2¹⁵ 3⁴⁴ 5¹⁵ 6⁴⁵ 8¹⁵ n.

Grüne Flagge vorne.
Richtung
Sophienstr. (Mühlnt.)-Schwart. (Waldhalle).
Ab Sophienstr. 9³⁰ m. 1⁴⁵ 3³⁰ 5¹⁰ 7⁰⁰ n.
Ab Schwartau 11⁰⁰ m. 2³⁵ 4²⁰ 6¹⁰ 8⁰⁰ n.

An **Sonn- u. Festtagen nachm.** finden in ¾ stündlichen Pausen zwischen Holstenbrücke und Schwartau **Extrafahrten** statt.

Klubs, Vereinen, den Herren **Lehrern** und **Lehrerinnen** stehen unsere, zu diesem Zwecke einzig dastehenden Schiffe unter günstigen Bedingungen zur Verfügung. Auch können einzelne Klassen an den fahrplanmäßigen Touren teilnehmen.

Alles Nähere im Kontor Travenpavillon, Tel. 336.

Am Mittwoch, dem 18. Juni:

50 Pfennig hin und zurück. Kinder 30 ₰

Billige Sonderlustfahrt nach **Travemünde**

mit dem eleganten Salon-Expreßdampfer Sadowa.

Abfahrt: Travepavillon präzise 2 Uhr (Struckfähre anlaufend).
Rückfahrt: Travemünde ab 7 Uhr abends. Lübeck an 8.20 Uhr abends. 4703

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden und seine Bücherei auf billigste Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete dem weit über 100 000 Mitglieder zählenden

Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde (Sitz Stuttgart)

bei. Für den geringen Jahresbeitrag von

nur M 4.80

(dazu im Buchhandel 20 Pfg. Bestellgeld, durch die Post d. Porto) **erhält man kostenlos:**

1. die reichillustrierten Monatshefte

Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde mit den Beiblättern:

Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photographie und Naturwissenschaft — Technik und Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld — Natur in der Kunst — Natur und Heimatschutz.

2. Auskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung

fünf wertvolle Bücher

erster Schriftsteller; im Jahre 1913: W. Boelsche, Festländer und Meere; Dr. K. Floericke, Einheim. Fische; Dr. Ad. Koelsch, Der blühende See; Dr. H. Dekker, Vom sieghaften Zellenstaat; Dr. A. Zart, Atome und Moleküle.

Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede Buchhandlung entgegen, wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos", Stuttgart.

Probehefte und Prospekte postfrei!

Arbeiter-Bildungs-Verein

Lübeck

Theatervorstellung

im Stadthallentheater

am Donnerstag, dem 19. Juni
abends 8¼ Uhr präzise:

Kater Lampe.

Komödie in 4 Akten von Emil Rosenow.

Preis der Karte 40 Pfg. inklusive Garderobe.

Die **Auslosung der Plätze** erfolgt **am Mittwoch, dem 18. Juni,** von 7—9 Uhr abends im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50/52.

Die Teilnehmer werden dringend ersucht, zur Vermeidung von Störungen während der Vorstellung ¼ Stunde vor Beginn im .·. .·. Theater anwesend zu sein. .·. .·.

4472) **Der Vorstand.**

Karten an den bekannten Stellen.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 139. Dienstag, den 17. Juni 1913. 20. Jahrg.

Eine Bewegung auf den Seeschiffswerften zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Auch die Werftarbeiter verlangen, wie verschiedene andere Arbeitergruppen in diesem Jahre, eine bessere Regelung in ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen herbeigeführt zu sehen. Das Bestreben der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lebenslage war wohl je kaum besser begründet als durch die gegenwärtig herrschenden Verhältnisse. Die fortschreitende Verteuerung aller Bedarfsartikel, besonders derjenigen, die der Arbeiter zu seinem Lebensunterhalt gebraucht; die immer weiter steigenden materiellen Ansprüche, die heute das Reich, der Staat und die Kommune an den einzelnen stellt, haben einmal die Kaufkraft des Arbeiters wesentlich verringert und als Folgewirkung dieser Tatsache seine Arbeitskraft umsomehr angespannt, daß dadurch die Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lage tatsächlich gedrängt werden. Die vorherrschende Akkordarbeit in der Industrie ist an sich schon dazu angetan, die Kräfte des Arbeiters sehr stark anzuspannen. Dies wird um so schlimmer, je höher die materiellen Ansprüche werden, die der Arbeiter von seinem Lohn zu bestreiten hat. Er will und muß diesen gerecht werden und es bleibt ihm dazu nur der Weg offen, seine Arbeitskraft noch mehr anzuspannen, um beim Akkord noch etwas mehr zu verdienen.

Die Arbeitsverhältnisse auf den Werften sind noch viel weniger als geregelt zu bezeichnen als die in verschiedenen andern Betrieben. Von Vereinbarungen, wie sie andere Arbeitergruppen schon längst haben, weiß man auf den Werften noch nichts. Für solche Regelungen zeigten sich die Werften immer unzugänglich. Auch die letzte größere Bewegung der Werftarbeiter im Jahre 1910 hat keine befriedigende Regelung gebracht. Es wurden zwar die Differenzen nach längerem Kampfe durch Verhandlungen von Organisation zu Organisation soweit ausgeglichen, daß der Kampf aufgehoben wurde, aber die erwartete Regelung ist nicht entfernt eingetreten.

Die Verhandlungen, die damals für die Werften von einer Vertrauenskommission des Gesamtverbandes der Metallindustriellen, und für die Arbeiter durch Vertreter der Vorstände der beteiligten Verbände geführt wurden, konnten in dieser zentralen Form nur die Teile der Forderungen erledigen, soweit sie allgemeiner Natur waren. In die Angelegenheiten, die für die einzelnen Orte oder Werften in Frage kamen, konnte nicht eingedrungen werden, aber es wurde ausdrücklich vereinbart, daß nachher an den einzelnen Orten Verhandlungskommissionen gebildet werden sollten und diese sollten dann auf Grund der zentralen Vereinbarungen die örtlichen Angelegenheiten erledigen. Es muß nun leider gesagt werden, daß die örtlichen Verhandlungen vielfach ziemlich bedeutungslos geblieben sind. Eine eigentliche Regelung der noch schwebenden Fragen, wie nach den zentralen Vereinbarungen erwartet werden mußte, ist nicht erfolgt. Seitens der meisten Werften erfuhren die verschiedenen Punkte in den Vereinbarungen eine solche Auslegung, die den einzelnen Bestimmungen sowie dem Grundgedanken des Verhandlungsprotokolles widersprach. Ueber diesen Streit um die Auslegung ist man bei den meisten Verhandlungen kaum hinausgekommen. Die Verhandlungen zogen sich dadurch, besonders in Hamburg, sehr lange hin. Die Unzufriedenheit der Werftarbeiter über diese „Regelung" ihrer Angelegenheit wurde aufs höchste gesteigert, sie wurden schließlich des zwecklosen Handelns überdrüssig und wollten dann lieber in der Folgezeit ihren Ansprüchen Geltung verschaffen.

Es ist nach der Lohnbewegung von 1910 zu einem ruhigen Verhältnis auf den Werften eigentlich nicht gekommen, es hat eine ganze Anzahl Differenzen zwischen den Arbeitern und den Betriebsleitungen gegeben, denen in der Hauptsache die zu niedrig angesetzten Einstellungslöhne, die ungeregelte Akkordfrage, die Ueberzeitarbeit und die Handhabung der Bestimmungen über die Arbeiterausschüsse zugrunde lagen. Um solchen Differenzen, die für Arbeiter ebenso wie für die Unternehmer unerfreulich sind, vorzubeugen, gibt es ein Mittel und das ist, Regelung in den Arbeitsverhältnissen zu schaffen. Die Arbeiter wünschen, daß diese Regelung herbeigeführt wird, und sie sind zu diesem Zweck durch ihre Organisationen mit bestimmten Vorschlägen an die Werften herangetreten.

Das Wesentlichste der Forderungen der Werftarbeiter ist nachfolgend zusammengefaßt:

Die tägliche Arbeitszeit soll 9, an den Sonnabenden in Hamburg auf 7 und auf den Werften an andern Orten 8 Stunden betragen. Bis jetzt besteht noch auf den Hamburger Werften die 55stündige, auf den andern Werften die 56stündige wöchentliche Arbeitszeit. An den Tagen vor den hohen Festen soll eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit eintreten.

Eine nach den örtlichen Verhältnissen bemessene Erhöhung der Einstellungslöhne bis 8 Pfg. pro Stunde. Die Erhöhung ist einschließlich des Lohnausgleichs für Verkürzung der Arbeitszeit gedacht. Festsetzung der Einstellungslöhne für Minderjährige. Der Einstellungslohn soll nur vorübergehend in Anwendung kommen, deshalb soll nach vierwöchiger Beschäftigung die Erhöhung und Festsetzung des eigentlichen Lohnes mit dem Arbeiter vereinbart werden.

Der Betrag, um den der Stundenlohn erhöht werden soll, ist ebenfalls nach den örtlichen Verhältnissen bemessen und schließt auch den Ausgleich des Lohnes für Verkürzung der Arbeitszeit in sich. Die verlangte Erhöhung bewegt sich bis zu 7 Pfg. pro Stunde.

Die Entschädigung für Ueberzeitarbeit ist heute sehr verschieden, deshalb wird die gewünschte Regelung unter Anlehnung an die bestehenden Verhältnisse vorgeschlagen. Aehnlich verhält es sich bezüglich der Nachtarbeit und der Wechselschicht, letzteres findet in einzelnen Abteilungen der Großbetriebe immer mehr Eingang und soll eine entsprechende Regelung erfahren.

Bezüglich der Akkordarbeit gehen die Vorschläge dahin, daß es dem Arbeiter ermöglicht wird, unter den gegebenen Verhältnissen auch einen angemessenen Akkordüberschuß erzielen zu können. Wenn der Akkord zu niedrig kalkuliert ist, soll dem Arbeiter ein Einspruchsrecht zustehen. Für entstehende Differenzfälle soll eine Einrichtung geschaffen werden, daß durch Kommissionen eine unparteiische Entscheidung herbeigeführt wird. Desgleichen soll dem Arbeiter bei nicht festgelegten oder unübersichtlichen Akkorden ein in den Vorschlägen näher bestimmter Ueberverdienst werden. Die Akkorde sollen nicht aus reiner Preisdrückerei herabgesetzt und der Ueberverdienst soll für jeden Akkord besonders berechnet und ausbezahlt werden. Die langfristigen Akkorde sollen geteilt und wo diese nicht möglich ist, soll alle 14 Tage eine Abschlagszahlung von der Akkordsumme in bestimmter Höhe zum Lohn ausbezahlt werden. Bei Lösung des Arbeitsverhältnisses soll dem Arbeiter sein volles Anrecht auf den verdienten Ueberschuß der noch unvollendeten Akkordarbeit verbleiben.

Die weiteren Punkte in den Forderungen besagen, daß die Lohnzahlung am Schlusse der Arbeitszeit beendet sein soll und daß den Arbeitern das erforderliche Werkzeug von der Werft geliefert werde. Bezüglich der Arbeiterausschüsse wird verlangt, daß die Mitglieder derselben von den im Betriebe beschäftigten großjährigen Arbeitern nach der Verhältniswahl gewählt und das alle großjährigen Arbeiter wählbar sind, ohne Rücksicht auf die Dauer der Beschäftigung.

Den Einrichtungen zum Schutz von Gesundheit und Leben wird ebenfalls in den Forderungen besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Die Unfallgefahr ist im modernen Schiffbau in der Tat recht groß; das Ersuchen der Arbeiter, daß ihnen das Recht zugestanden werde, Vorschläge für die erforderlichen Einrichtungen zu machen, ist durch die verschiedenen Vorfälle begründet.

Schließlich wünschen auch die Arbeiter einen Ferienurlaub unter Fortzahlung des Lohnes. Es ist wohl das erstemal, daß die Werftarbeiter mit dieser letztgenannten Forderung an die Unternehmer herantreten, sie ist durchaus zeitgemäß. Der heutige Arbeitsprozeß nimmt den ganzen Menschen aufs äußerste in Anspruch, deshalb ist dem Arbeiter mindestens ebensogut wie jedem andern Menschen einmal im Jahre eine Frist zu gönnen, in der er sich erholen kann. Die Einrichtung ist ja übrigens keine Neuerung mehr, in vielen Staats- und Privatbetrieben hat sie bereits Eingang gefunden.

Soweit der wesentlichste Inhalt der Forderungen, die den Werften heute zugegangen sind. Vertreten werden dieselben von den auf den Werften beteiligten freien Gewerkschaften, denen sich die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine angeschlossen haben. Vieles, was in den Forderungen enthalten ist, bedeutet ja weiter nichts, als eine Regelung im Arbeitsverhältnis und kann ohne nennenswerte Aufwendungen zu verursachen, von den Werften erfüllt werden. Es ist damit der Weg gezeigt, der zu einem friedlicheren Verhältnis führt, das bisher auf den Werften wohl nicht vorhanden war. Es wäre also eine berechtigte Hoffnung, wenn man erwartet, daß bei den voraussichtlich stattfindenden Verhandlungen zwischen den Parteien ein baldiger friedlicher Abschluß erzielt wird.

Über die „Festsitzung" des Reichstags,

über die wir gestern bereits kurz berichteten, lesen wir im „Vorwärts":

Der Reichstag sollte am Sonnabend nach dem Beschluß des Seniorenkonvents auch seine Jubiläumsfeier zu Ehren des Kaisers haben. Man hatte aber nicht einen ganzen Tag drauf gehen lassen wollen, sondern die Feier sollte lediglich in einer feierlichen Ansprache des „exzellenten" Präsidenten des Reichstages bestehen. Dann aber sollte die zweite Lesung der Militärvorlage ihren Fortgang nehmen. Vielleicht hatte man im stillen die Hoffnung, daß es noch gelingen würde, die ganze zweite Lesung zu Ende zu bringen und damit dem Kaiser ein nicht mehr erhofftes Jubiläumsgeschenk zu überreichen. Jedenfalls ließ auf solche Absicht die Tatsache schließen, daß sich fast kein einziger bürgerlicher Redner für den Fortgang der Beratungen zum Wort gemeldet hatte. Wahrscheinlich wollte man die Sozialdemokraten allein reden lassen und sich im stillen darauf verlassen, daß alle Reden einmal ein Ende nehmen müssen. Aber der Seniorenkonvent denkt und der Hurrapatriotismus lenkt!

Müllerliebe.

Roman von George Sand.
Deutsch von Heinrich Hesse.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Wirklich?" antwortete der Müller gutmütig. „Ah, wenn Sie Lust hätten . . . Du siehst wohl, Mutter, unsere Heimat ist gar nicht so häßlich, als du glaubst. Hatte ich nicht recht, als ich dir sagte, sogar eine reiche Person könnte sich hier wohl fühlen!"

„Ja," sagte die Müllerin, „wenn man ein Schloß hier bauen wollte . . . und dann noch würde der Platz schlecht gewählt sein."

„Ist es denn möglich, daß es Ihnen hier so schlecht gefällt?" fragte Marcella erstaunt.

„O . . . es gefällt mir hier nicht schlecht," antwortete die Alte. „Ich habe mein Leben hier zugebracht und möchte auch hier sterben. Ich habe Zeit gehabt, mich daran zu gewöhnen — in den fünfundsiebzig Jahren, wo ich hier schalte und walte. Und übrigens — man ist gezwungen, sich mit der Heimat zu begnügen, die man einmal hat. Aber Sie, Madame — wenn Sie nur einen Winter hier zubringen müßten, würden Sie sicher nicht mehr sagen, die Gegend sei schön. Wenn das Hochwasser unsere ganzen Wiesen überschwemmt und wir nicht einmal mehr in den Hof gehen können — nein, nein, das ist nichts hübsches!"

„Bah . . . die Frauen machen sich immer bange!" wandte der lange Ludwig ein. „Du weißt ganz gut, daß die Flut das Haus nicht wegreißt und die Mühle sicher ist. Und dann — wenn die schlechte Zeit kommt, muß man sie eben nehmen, wie sie ist. Den ganzen Winter über verlangt es dich nach dem Sommer, Mutter, und so lange es Sommer ist, regst du dich auf um den Winter, der folgen wird. Ich aber . . . ich sage dir, man könnte hier glücklich und ohne Sorgen leben."

„Und warum tust du denn nicht, was du sagst?" entgegnete die Mutter. „Bist du ohne Sorgen — du." Fühlst du dich glücklich, weil du Müller bist und dein Haus so oft im Wasser steht? Ach, wenn ich alles wiederholen wollte, was du zuweilen sagst über das Unglück, nicht gut zu wohnen und nicht viel Geld verdienen zu können!"

„Es ist ganz unnötig, alle diese Dummheiten zu wiederholen, die ich früher einmal gesagt . . . . Du kannst dir die Mühe nur sparen, Mutter."

Indem er so in vorwurfsvollem Tone sprach, blickte der große Müller seine Mutter an mit liebevoller, fast flehender Sanftmut. Ihre Unterhaltung kam der Baronin von Blanchemont gar nicht so banal vor, als es dem Leser vielleicht scheinen möchte. In ihrer augenblicklichen Seelenstimmung wünschte sie sehnenhaft, zu erfahren, wie dieses für die Armen noch am wenigsten harte Leben von denen empfunden und geschätzt würde, die gezwungen wären, es zu führen. Sie kam nicht, um es zu prüfen und zu versuchen mit allzu romanhaften Ideen. Da er an ihrer Fähigkeit, es ertragen zu können, Zweifel hegte, hatte Heinrich ihr die Entbehrungen und tatsächlichen Leiden vor Augen geführt. Doch sie glaubte, diese Leiden seien nicht größer als ihr Mut, und was sie in der Mitteilung dieser schlichten Müllersleute interessierte, war die philosophische, gleichmütige Anlage, mit der die Natur sie ausgestattet, verglichen mit den gleichen Eigenschaften, die das poetische Gefühl und die Liebe, ein noch erhabeneres und mächtigeres Gefühl, ihr selbst geben konnten. Sie ließ daher ein wenig Neugierde zutage treten, sobald der lange Ludwig sich entfernt hatte, um seine Forellen, wie er sagte, in die Bratpfanne zu tragen.

„So fühlt Ihr Euch also nicht glücklich," sagte sie zu der alten Müllerin, „und trotz seiner heiteren Miene grämt sich Euer Sohn zuweilen?"

„O . . . was mich anbetrifft," antwortete die gute Frau, „so würde ich mich reich genug fühlen und zufrieden sein mit meinem Geschick, wenn ich nur meinen Sohn glücklich sähe. Mein armer verstorbener Mann war wohlhabend — sein Geschäft ging gut. Doch er starb, bevor er seine Familie großziehen konnte, und ich mußte, so gut ich konnte, meinen Kindern einen Sparpfennig festlegen und sie unterzubringen suchen. Das Vermögen eines jeden ist heute nicht groß — die Mühle hat mein Ludwig behalten, den man den großen Müller nennt, wie man seinen Vater nur als den großen Johann kannte und man mich nur die große Marie heißt. Denn Gott sei Dank, wir sind ziemlich groß in unserer Familie, und alle meine Kinder waren schön gewachsen. Aber das ist auch unser größtes Vermögen — alles übrige ist so wenig, daß wir uns keinen falschen Hoffnungen hingeben dürfen."

Aber warum möchtet Ihr denn eigentlich gern reicher sein? Habt Ihr unter der Armut zu leiden? . . . Es will mir doch scheinen, Ihr wohnt ganz gut, Euer Brot ist gut und Eure Gesundheit ausgezeichnet."

Ja, ja . . . gern will ich es zugeben. Wir haben das Nötige zum Leben, und viele Menschen, die vielleicht besser sind als wir, müssen manches entbehren. Aber sehen Sie doch, Frau Baronin, man ist glücklich oder unglücklich, je nach den Gedanken, die man sich macht . . ."

„Ihr berührt die wahre Frage," sagte Marcella, die in den Gesichtszügen und in der Sprache der alten Müllerin kindliche List und auch Scharfsinn bemerkte. „Wenn Ihr doch so vieles zu schätzen wißt — wie kommt es da, daß Ihr Euch beklagt?"

„Ich beklage mich ja nicht! Es ist mein großer Ludwig . . . . oder besser gesagt, ich beklage mich, weil ich ihn unzufrieden sehe, und er beklagt sich nicht, weil er stark ist und fürchtet, mir Kummer zu machen. Aber wenn es ihm zu schwer wird, so entschlüpft es ihm . . . der arme Junge! Er sagt nur ein Wort, aber das zerreißt mir das Herz. „Nie, niemals, Mutter!" sagt er, und damit will er sagen, er habe keine Hoffnung mehr. Aber dann, da er von Natur zur Heiterkeit neigt, wie sein armer verstorbener Vater, scheint er sich in das Unabänderliche zu fügen und er erzählt mir alles Mögliche — sei es, daß er mich trösten will, sei es, daß er sich einbildet, was er sich in den Kopf gesetzt, würde er schließlich doch erreichen."

„Aber, was hat er dnn im Kopf? Ist es Ehrgeiz?"

„O . . . ja, es ist ein großer Ehrgeiz, eine wahre Narrheit! Denoch aber ist es nicht Liebe zum Geld — er ist bei weitem nicht geizig. Bei der Familienteilung trat er seinen Brüdern und Schwestern bereitwillig alles ab, was sie nur wollten, und sobald er etwas verdient hat, ist er auch bereit es dem ersten besten zu geben, der es nötig hat. Es ist auch keine Eitelkeit, denn er trägt immer noch seine Bauernkleidung, obgleich er Erziehung genossen und die Mittel hat, ebensogut gekleidet zu gehen wie ein Bürger. Und endlich ist es weder ein schlechtes Benehmen noch Verschwendungssucht, denn er begnügt sich mit allem und geht nie irgendwo hin, wo er nicht geschäftlich etwas zu tun hat."

„Nun — was ist es denn?" fragte Marcella, deren sanftmütiges Antlitz und herzlicher Ton unmerklich das Vertrauen der alten Frau gewannen.

„Nun, was soll es sein, wenn nicht die Liebe," antwortete die Müllerin mit geheimnisvollen Lächeln und jenem Etwas von unendlicher Zärtlichkeit, das im Reiche der Gefühle in einem Augenblick Ungezwungenheit und Interesse zwischen Frauen erregt — trotz aller Alters- und Standesunterschiede.

„Sie haben recht," sagte Marcella, indem sie sich der großen Marie näherte, „die Liebe — sie ist der große Störenfried der Jugend! . . . . Und die Frau, die er liebt, ist also reicher als er?"

„O . . . es ist keine Frau! Mein armer Ludwig besitzt zuviel Ehrgefühl, um mit einer verheirateten Frau von solchen Dingen zu sprechen. Es ist ein Mädchen, . . . ein junges Mädchen, ein hübsches Mädchen, meiner Treu . . . und ein gutes Mädchen, man muß es zugeben. Aber sie ist reich, reich . . . und wir mögen noch soviel daran denken — nie werden ihre Eltern sie einem Müller geben!"

Die sozialdemokratische Fraktion hatte sich dem höfischen Eröffnungsakt der Sonnabendsitzung fern gehalten. Das leer bleibende Drittel der Plätze des Deutschen Reichstages sollte eine stumme und doch beredte Demonstration sein. Die deutsche Sozialdemokratie hat keine Ursache, zum Jubiläum des deutschen Kaisers auch nur einen Finger zu rühren. Abgesehen von ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft zur monarchischen Regierungsform hat der gegenwärtige Träger der Krone auch sonst keinen Wert darauf gelegt, sich die Sympathie der deutschen Arbeiterklasse zu erringen. Er hat sich oft in gewollten und bewußten Gegensatz zu den Anschauungen der Arbeiter gestellt — was gewiß sein gutes Recht ist —, aber er hat diesen Gegensatz fast stets in verletzende Worte gekleidet, hat fast jedesmal die heiligste Überzeugung der deutschen Sozialdemokraten in kränkender Weise angetastet, während umgekehrt der Sozialdemokratie der Majestätsbeleidigungsparagraph jede scharfe und unzweideutige Antwort unmöglich machte.

Die vielen, vielen Jahre, die deutsche Sozialdemokraten wegen angeblicher Majestätsbeleidigung im Gefängnis haben zubringen müssen, die namenlose Bitterkeit, die dadurch in zahllose Familien getragen worden ist, der ehrliche Mannes-zorn, der die deutschen Arbeiter über die grausame Benutzung dieses mittelalterlichen politischen Kampfesmittels gepackt hat, das alles läßt keinerlei Festesstimmung bei den deutschen Arbeitern aufkommen. Und darum sprachen die leeren Plätze der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, der eigentlichen Vertreter des eigentlichen deutschen Volkes, eine eindringlichere Sprache bei der Festfeier des Deutschen Reichstags als die Redensarten des liberalen Präsidenten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion blieb also draußen, als Herr Kaempf seine Rede hielt. Bevor aber unsere Genossen wieder in den Saal eintraten, spielte sich in aller Eile noch ein programmwidriger Vorgang ab. Anstatt daß in die Weiterberatung der Wehrvorlage eingetreten wurde, nahm der Reichsparteiler Schultz-Bromberg das Wort zur Geschäftsordnung und beantragte zur höheren Ehre des Tages die Sitzung zu vertagen. Von den bürgerlichen Herren widersprach niemand, von den sozialdemokratischen Abgeordneten war niemand im Saale. So war die Sitzung im Handumdrehen zu Ende.

Es gibt für diesen unvorhergesehenen Husarenritt des Bromberger Landgerichtsrats, der einer der rabiatesten Patrioten des Hauses ist, zweierlei Erklärungen. Entweder haben die großen bürgerlichen Parteien den Herrn vorgeschickt, damit der von ihm vorgeschlagene Bruch der Abmachungen des Seniorenkonvents mit der Ausrede gedeckt werden kann, die Reichspartei sei nicht im Seniorenkonvent vertreten und brauche sich daher an dessen Vereinbarungen nicht zu halten. Oder Herr Schultz-Bromberg hat seine Überrumpelung auf eigene Faust zur höheren Ehre seiner kleinen Fraktion, die keine eigentliche Fraktion ist, unternommen. Dann könnte man sich die verdutzten Gesichter mancher nationalliberalen Abgeordneten erklären, deren Hurrapatriotismus von dem freikonservativen Außenseiter um eine Pferdelänge geschlagen worden ist. Und das ist ärgerlich am Vorabend des Jubiläums und seiner bunten Gaben!

Der Sozialdemokratie kann der Verlauf der Dinge auch in dieser Weise nur recht sein. Das tatsächliche parlamentarische Ergebnis des freikonservativen Seitensprunges besteht in einer Verzögerung der Verabschiedung der Wehrvorlage um mehrere Tage. Das entspricht durchaus unseren Wünschen.

Dagegen wird sich die Fraktion überlegen müssen, ob es in Zukunft nicht besser ist, sie verlegt den Schauplatz ihrer etwaigen Demonstrationen in den Sitzungssaal. Es hat immer seine Bedenken, wenn die bürgerlichen Parteien ohne die sozialdemokratische Kontrolle sind. Leicht könnten in Zukunft die bürgerlichen Parteien im Vertrauen auf die Abwesenheit der sozialdemokratischen Abgeordneten in aller — vorsorglich vorbereiteten! — Eile etwas beschließen, das uns weniger angenehm wäre als die diesmalige Vertagung.

Aus der Partei.

Bildungsausschuß und Künstlerschaft. Vom Wachsen des Proletariates zur Macht legt auch das Verhältnis der organisierten Arbeiterschaft zur Künstlerschaft Zeugnis ab. Wenn sich früher ein Schauspieler, Musiker oder Sänger herabließ, vor sozialdemokratischen Arbeitern seine Kunst zu produzieren, dann geschah das meist unter Bedingungen, die den Organisationen große pekuniäre Opfer auferlegten. Eines wirklichen Kunstgenusses konnte man die Arbeiter nur selten teilhaftig werden lassen, sollte nicht mit beständiger Ebbe in der Vergnügungskasse gerechnet werden. Mit der Errichtung der Bildungsausschüsse ist das anders geworden. Geschäfte sollen zwar auch jetzt mit Kunstabenden nicht gemacht werden. Aber durch Zentralisation und feste Verträge mit den Künstlern ist es möglich geworden, der Arbeiterschaft selbst bei Aufwendung bescheidener Mittel Gutes zu bieten. Etwas Neues auf diesem Gebiete hat nun der Berliner Bezirksbildungsausschuß, der kürzlich für Groß-Berlin errichtet wurde, eingeführt: nämlich Künstlerproben! Um zu den verschiedenen künstlerischen Veranstaltungen und Festen Kräfte vermitteln zu können, für deren künstlerische Qualität der Ausschuß auch garantieren kann, hat er sich mit dem Vorschlage, eine Probe ihrer Kunst abzulegen, an die Berliner Künstler gewandt, die event. geneigt wären, mit dem Bildungsausschuß in ein festes Vertragsverhältnis zu treten. In großer Zahl meldeten sich Tenöre, Bässe, Alt- und Sopransängerinnen, Rezitatoren und Lautensängerinnen, von denen 50 zur engeren Wahl zugelassen wurden. Sie mußten in einem großen Berliner Konzertsaale ihr Können vor geladenen Gästen, meist Partei- und Gewerkschaftsfunktionären, Kunstkritikern des „Vorwärts" u. a. zeigen. Auf dem Programm war hinter dem Namen der Künstler Raum gelassen zu kritischen Bemerkungen über den Vortrag. Diese Anmerkungen sollen später den Bildungsausschuß die Wahl der Künstler erleichtern helfen! Solche, die schon jetzt bei der Berliner Arbeiterschaft in gutem Ansehen stehen, waren von dieser Prüfung befreit. Daß sie durchaus notwendig, zeigte der Verlauf des Abends. Sie wird der Arbeiterschaft manche Enttäuschung ersparen! Und daß die beteiligten Künstler einen solchen Anschluß an die Organisation suchten, ist gewiß kein unerfreuliches Ereignis!

Gewerkschaftsbewegung.

Hereingefallene Scharfmacher. In Königsberg i. Pr. beschlossen die freien Gewerkschaften, sich bei der Gewerbegerichtswahl auch an den Arbeitgeberwahlen zu beteiligen. Sie stellten eine Liste auf und sandten sie dem Gewerbegericht ein. Darauf setzten die Innungen, Scharfmacher und sonstigen Unternehmergruppen alles in Szene, um ihre Wähler auf die Beine zu bringen, damit ihre Liste — es wird nach dem System der gebundenen Listen und nach dem Proportionalwahlsystem gewählt — vollständig gewählt wird. In Zeitungsartikeln wurden die Kapitalisten gegen die sozialdemokratische Liste scharfgemacht. Jetzt macht der Vorsitzende des Gewerbegerichts amtlich bekannt, daß zur Wahl nur die Liste der freien Gewerkschaften zugelassen und daß die von den Innungen und sonstigen Unternehmern eingereichte Liste ungültig ist. Alle Stimmzettel, die bei der Wahl nicht mit der Vorschlagsliste der freien Gewerkschaften übereinstimmen, sind ungültig. Die Herren Scharfmacher haben nämlich in der Eile des Gefechts einige Bestimmungen des Statuts, das seinerzeit gegen die freien Gewerkschaften erlassen wurde, nicht beachtet und daher hat der Vorsitzende des Gewerbegerichts ihre Liste für ungültig erklären müssen. Man kann sich denken, daß in den Kreisen der Unternehmer große Aufregung herrscht, zumal an den Vorbereitungen der Wahl noch rechtsgelehrte Herren, wie der Syndikus des Vorsteheramts der Kaufmannschaft und der Syndikus des Hansabundes mitgearbeitet haben.

Die Gesteinsausstellung des Steinarbeiter-Verbandes auf der Leipziger Baufachausstellung. Der Zentralverband deutscher Steinarbeiter, der in Leipzig seinen Sitz hat, führt auf der Ausstellung eine große Gesteinsammlung vor. In den letzten Jahren hat sich die Beton- und Kunststeinindustrie sehr stark entwickelt, dem Naturstein sind immer mehr Feinde entstanden. Daß dadurch insbesondere die Steinmetzen in ihren Erwerb sehr stark geschädigt sind, dürfte ohne weiteres klar sein. Der Steinarbeiterverband zeigt nun mit seiner Ausstellung, daß auch in Deutschland eine große Reihe erstklassiger Gesteinsmaterialien gewonnen werden. Die wichtigsten Steine sind: Granit, Syenit, Diorit, Diabas, Basalt, Sandstein, Kalkstein, Muschelkalk, Dolomit, Travertin, Marmor, Porphyr, Porphyrtuff, Basaltluff usw. Zur Ausstellung gelangten mehr als 200 Mustersteine. Die Granitplättchen zeigen die verschiedensten Farben, sie sind alle geschnitten und feinstens poliert. — In der Verarbeitung des Hartgesteins dürfte wohl Deutschland eine führende Stellung einnehmen. Das ist nur möglich, weil im Fichtelgebirge, in der Lausitz und im Odenwald ein vorzüglich eingearbeiteter Arbeiterstamm vorhanden ist. Die ausgestellten Sorten des Muschelkalks zeigen uns, wie groß seine Verwendungsmöglichkeit ist. Das Material hat eine schöne blaue Farbe und für den Steinmetzen wenigstens den Vorteil, daß er nicht so gesundheitsschändlich wirkt wie Sandstein. An die 50 Marmorsorten, mit Ausnahme von 10 Proben, die aus Deutsch-Südwest-Afrika stammen, geben uns ein anschauliches Bild, daß Deutschland an diesem Material ebenfalls keinen Mangel hat. Die Auswurfsmassen einiger erloschener Vulkane aus dem Hessischen und der Eifel werden ebenfalls gezeigt, es handelt sich um die recht witterungsbeständigen Basalttuffe. Die Ausstellung wird auch den Steinbruchbesitzern zeigen, daß die organisierten Arbeiter ebenfalls ein Interesse daran bekunden, wenn gegen die künstlichen Materialien angekämpft wird. Die Ausstellung, die eine recht ansehnliche Art repräsentiert, dürfte für die Fachleute das größte Interesse beanspruchen. Der Steinarbeiterverband widerlegt mit dieser Ausstellung die Behauptung vieler Unternehmer, daß die Verbändler kein Interesse für die Industrie zeigten.

Die Reform der Volksversicherung durch die Volksfürsorge.

I.

„Die Volksfürsorge will die Volksversicherung ihres kapitalistischen Erwerbscharakters entkleiden, sie will den Versicherten die Versicherung zum Selbstkostenpreise liefern."

In diesen Worten ist das Programm der Volksfürsorge ausgesprochen; seine Durchführung erstreckt sich auf alle zur Lebensversicherung des Volks gehörenden Gebiete; die Reform kommt zum Ausdruck in dem gesamten Aufbau der Volksfürsorge, in den Arten der Versicherung, ihren Grundlagen und vor allem in den Versicherungsbedingungen.

Die Gründung erfolgte auf Beschluß der Gewerkschaften und Genossenschaften. Aus Vertretern dieser Körperschaften werden paritätisch die Organe derselben, der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Generalversammlung gebildet. Die Gewerkschaften und Genossenschaften werden nicht den geringsten materiellen Vorteil durch die Volksfürsorge haben; das Aktienkapital von 1 Million Mark ist durch die Vertreter der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Institutionen in bar eingezahlt worden. Die Verzinsung desselben ist durch den Gesellschaftsvertrag auf 4 Proz. beschränkt. Um das Aktienkapital in den ersten Jahren infolge der hohen Einrichtungskosten und durch etwaige Verluste aus anormaler Sterblichkeit nicht zu gefährden, ist von den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Institutionen ein unverzinslicher Organisationsfonds in bar in Höhe von 200 000 M eingezahlt worden, welcher in demselben Maße zurückgezahlt wird, in dem der Reservefonds anwächst. Für Erfüllung der vertragsmäßigen Leistungen der Volksfürsorge ist dem Versicherten mithin jede nur denkbare Garantie geboten. Bei dem Charakter der Volksfürsorge ist es selbstverständlich, daß sie keine Dividenden an ihre Aktionäre zahlen wird.

Die Volksfürsorge ist ein gemeinnütziges Volksunternehmen; sie beschränkt sich nicht auf den Abschluß von Versicherungen in Gewerkschafts- und Genossenschaftskreisen; sie wird Versicherungen in allen Kreisen der Bevölkerung, ob gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisiert oder nicht, abschließen.

Die Versicherungen der Volksfürsorge sind grundsätzlich nach zwei Arten geschieden: in Kapitalversicherungen mit festen Halbmonatsprämien und in Sparversicherungen, bei welchem der Versicherte einzahlen kann, wann, wo und wieviel er will und die Versicherungssumme entsprechend den geleisteten Einzahlungen wächst. Ergänzend zur Sparversicherung tritt die Risikoversicherung, bei welcher durch eine einmalige Jahresprämie oder Entrichtung derselben in 24 Halbmonatsraten eine bestimmte größere Summe von vornherein versichert werden kann.

Bei den Kapitalsversicherungen sind die Versicherten am Gewinne der Volksfürsorge beteiligt. Der bilanzmäßig auf die einzelne Versicherung entfallende Gewinnanteil wird den Versicherten am Schlusse des nächsten nach dem Gewinnjahre beginnenden Versicherungsjahrs gutgeschrieben und mit 3½ % Zinseszins von der Gutschrift an mit der zuerst fälligen Versicherungsleistung ausgezahlt.

Da dem Jahresüberschusse lediglich die Summe zur Bildung des gesetzlichen Reservefonds, eines Kriegsreservefonds sowie 5 bis 10 % zur Bildung besonderer Reserven und die Summe zur vierprozentigen Verzinsung des Aktienkapitals entnommen und aus demselben keine Tantiemen und Dividenden gezahlt werden, ist die Frage nach der Höhe der Prämien und der Versicherungssummen an sich belanglos. Jeder Versicherte ist an dem Ertrage des Unternehmens genau so betei-

---

Betroffen von der Ähnlichkeit, die zwischen dem Roman des Müllers und ihrem eigenen bestand, empfand Marcella ein Gefühl der Rührung und der Neugierde.

„Wenn sie ihren Sohn liebt, dieses schöne und gute Mädchen, so wird sie ihn doch schließlich heiraten . . ."

„Das sagte ich mir auch zuweilen, denn sie liebt ihn, dessen bin ich sicher, obgleich mein Ludwig nicht reich ist. Sie ist ein weiches Mädchen, das sich wohl müßte, einem Manne zu gehören, sie wolle ihn heiraten — gegen den Willen ihrer Eltern. Und dann auch ist sie ein wenig launig, ein wenig kokett. Aber das liegt so im Alter — sie ist erst achtzehn Jahre. Ihre schalkhafte Miene bringt meinen Jungen zur Verzweiflung. Wenn ich nun sehe, daß er nichts ißt und mit Sophie (unsere Suse, mit Respekt gesprochen) grob wird, kann ich mich nicht enthalten, ihm offen meine Gedanken zu sagen — und ich tu es immer. Und er glaubt mir dann auch, denn er sieht sehr wohl, daß ich das Frauenzimmer besser kenne als er. Ich merke ganz gut, wie sie war wird, wenn sie ihm begegnet, und wie sie ihn mit den Augen sucht, so oft sie auf ihrem Spaziergange hierher kommt. Doch es ist unrecht, wenn ich das meinem Jungen sage, denn ich belästige ihn in seiner Narrheit . . . es wäre besser, wenn ich ihm sagte, er dürfe nicht daran denken."

„Warum denn?" fragte Marcella. „Die Liebe macht alles möglich . . . Ihr könnt sicher sein, gute Mutter, daß eine Frau, die liebt, stärker ist als alle Hindernisse."

„Ja, wie ich so jung war, dachte ich auch so. Ich sagte mir, die Liebe einer Frau sei wie der Fluß, der alles zermalmt, wenn er durchbricht, und sich über Weite und Deiche lustig macht. Ich war reicher als mein armer Johann, und doch habe ich ihn geheiratet. Allein es war nicht der Unterschied zwischen uns und Fräulein . . ."

Hier unterbrach der kleine Eduard die Müllerin, indem er seine Mutter fragte: „Sieh doch, Mutter . . . ist Heinrich denn hier?" —

6.

Die Baronin erbebte und stieß beinahe einen Schrei aus tiefstem Herzen ausgestoßen, als sie erdachte, was den Inhalt des Briefes vermutlich sei.

Indem sie der Richtung folgte, die Eduards Blicke und Handbewegungen andeuteten, gewahrte Marcella einen Namen, den man mit einer Federmesser in die Rinde eines Baumes eingeschnitten. Der Knabe begann klein zu lesen — bedeutungsvolle Worte, die ihm vertraut waren, und einige Namen, die man vielleicht ihn mit Vorliebe hatte buchstabieren lassen. Das Wort Heinrich hatte er richtig wiedererkannt — er war in dem glatten Stamm einer Weißpappel eingeschnitten und er dachte, sein Freund habe es soeben hier eingezeichnet. Von der Einbildung ihres Sohnes mit fortgerissen, redete sich auch Marcella für einige Minuten ein, sie würde im nächsten Augenblick Heinrich Lemor aus dem Erlen- und Eibengehölz hervortreten sehen. Allein sie brauchte nicht ernstlich nachzudenken, um traurig zu lächeln über die Leichtigkeit, mit der sie sich angenehmen Illusionen hingab. Doch da das Menschenherz einer Hoffnung, so kühn und töricht sie auch sei, nicht gern entsagt, so konnte sie sich nicht enthalten, die Müllerin zu fragen, ob eine Person ihrer Familie oder ihrer Umgebung den Namen Heinrich trüge.

„Niemand, so viel ich weiß," antwortete Mutter Maria. „Allerdings reicht meine Kenntnis nicht weit. Wohl gibt es in dem kleinen Dorfe Rohant eine Familie namens Heinrich, aber das sind Leute wie ich, die weder auf Papier noch auf Bäume schreiben können . . . abgesehen von dem Sohne, der vom Militär wiederkommt . . . Aber nein — es ist schon mehr als zwei Jahre her, daß er sich hat hier sehen lassen."

„Ihr wißt also nicht, wer diesen Namen hier eingeschrieben haben kann?"

„Ich wußte nicht einmal, daß hier etwas geschrieben stand. Ich habe nie acht darauf gegeben. Und wenn ich es auch gesehen hätte, ich kann ja nicht lesen. Wohl hätte ich gut erzogen werden können, aber zu meiner Zeit war dies kaum Mode. Anstatt der Unterschrift machte man ein Kreuz unter die Urkunde, und das war vor dem Gesetze ebenso gut."

Da kam der Müller zurück und kündete an, das Frühstück sei fertig. Als er sah, wie dieser Name Marcellas Aufmerksamkeit fesselte, suchte er die Tatsache zu erklären — er konnte sehr gut lesen und schreiben, doch hatte er diese Buchstaben noch nicht bemerkt.

„Nur der Fremde, der neulich hier war, hat sich meiner Meinung nach dieses Vergnügen leisten können, denn sonst kommen kaum Städter hier durch."

„Und wer war dieser Fremde?" fragte Marcella, indem sie sich bemühte, eine gleichgültige Miene zu zeigen.

„Es war ein Herr . . . doch hat er uns seinen Namen nicht bekannt gegeben," antwortete die Alte. „Zwar wissen wir nicht viel, aber so viel ist uns doch bekannt, daß die Neugier unanständig ist. Darüber ist auch Ludwig meiner Meinung, und im Gegensatz zu den Leuten unserer Gegend, die alle Fremden, denen sie begegnen, kreuz und quer ausfragen, wünschen wir stets nur das zu erfahren, was man uns wissen lassen wollte. Jener Fremde schien seinen Namen und seine Absichten für sich behalten zu wollen."

„Und doch stellte er viele Fragen — dieser Bursche," bemerkte der lange Ludwig, „und wir hätten sehr wohl ein Recht gehabt, ihn gleichfalls auszuforschen. Aber ich weiß nicht, warum ich es nicht wagte, obwohl er einen schlechten Eindruck machte, und ich von Natur sehr schüchtern bin. Doch er hatte ein so sonderbares Wesen an sich, das mir weh tat."

„Was für ein Wesen denn?" forschte Marcella, deren Neugier und Interesse sich bei jedem Worte des Müllers steigerten.

„Ich kann es Ihnen leider nicht sagen," antwortete dieser. „So lange er hier war, achtete ich nicht recht darauf — erst nachdem er abgereist, begann ich zu denken. Erinnerst du dich vielleicht noch Mutter?"

„Jawohl . . . du sagtest zu mir: Sieh, Mutter, ganz ein Kauz wie ich . . . er hat nicht alles, was er sich wünscht."

„Ach was . . . das hab ich gar nicht gesagt," erwiderte der lange Ludwig — er fürchtete, die Mutter möchte sein Geheimnis entschlüpfen lassen und ahnte nicht, daß sie schon den Schleier gelüftet. Ich sagte nur: Da ist einer, der nicht recht damit zufrieden zu sein scheint, daß er auf der Welt ist."

„Er war also sehr traurig?" fragte Marcella gerührt.

„Er schien viel zu denken. Da, wo sie jetzt stehen, hat er zum mindesten drei Stunden lang mutterseelenallein auf der Erde gesessen — er sah dem Fließen des Wassers zu, als hätte er alle Tropfen zählen wollen. Ich glaubte, er sei krank und bin zweimal zu ihm gegangen und habe ihm angeboten, doch ins Haus zu kommen, um sich zu erfrischen. Doch sobald ich mich ihm näherte, sprang er auf wie ein Mensch, den man grob aus dem Schlafe weckt, und sein Gesicht nahm einen ärgerlichen Ausdruck an. Dann wieder war er übertrieben sanft und gütig und dankte mir. Schließlich nahm er doch ein Stückchen Brot und ein Glas Wasser — aber nicht mehr."

„Es ist Heinrich!" schrie der kleine Eduard auf, der, an dem Kleide seiner Mutter hängend, aufmerksam zuhörte. „Du weißt ja, Mutter, Heinrich trinkt niemals Wein."

Die Baronin errötete, erbleichte, errötete wieder . . . und mit einer Stimme, die sie vergeblich sicher und fest erscheinen lassen wollte, fragte sie, was der Fremdling hier in dieser Gegend zu tun beabsichtigt hätte.

„Ich weiß darüber nichts," antwortete der Müller, heftete seinen durchdringenden Blick auf das schön errötende Antlitz der jungen Dame richtete, und im geheimen zu sich sagte: „Noch so eine, die wie ich ihre Grillen im Kopf hat!"

Und da er Marcellas Neugierde über den Fremdling und die eigene über die Gefühle des so vornehmen und doch so einfachen Gastes soviel als möglich befriedigen wollte, gab er gefällig auf alle Einzelheiten ein, die sie ängstlich verfolgte.

(Fortsetzung folgt.)

ligt als ein Geschäftsinhaber an dem Ertrage seines eigenen Geschäfts. Aus dem Jahresüberschusse werden nur die Summen entnommen, die zur weiteren Entwickelung und zur Sicherheit des Geschäfts absolut notwendig sind; den gesamten verbleibenden Überschuß erhalten die Versicherten.

Das Interesse der Volksfürsorge ist gleich dem Interesse des Versicherten; je mehr sich die Volksfürsorge entwickelt, desto größer der Jahresüberschuß und desto höher der Gewinnanteil, der dem Versicherten alljährlich zu seiner Versicherungssumme gutgeschrieben wird.

Dieser grundsätzliche Unterschied der Volksfürsorge gegenüber der kapitalistischen Volksversicherung kann nicht scharf genug betont werden; wird er im Volke überall verstanden und gewürdigt, so wird die Volksfürsorge in jedem Versicherten einen Mitarbeiter haben, der in seinem eigenen Interesse unablässig neue Versicherungen für sie zu werben bestrebt sein wird.

Die Kapitalversicherungen sind bei der Volksfürsorge derart kalkuliert, daß mit ihrem längeren Bestehen ein fortgesetzt wachsender Gewinnanteil den Versicherten zugute kommen muß. Die Grundlage für die Berechnungen der Nettoprämien bildet die Volkssterbetafel von 1891 bis 1900. Da nach dieser Sterbetafel die Sterblichkeitsverhältnisse günstiger sind als nach den älteren von den Lebensversicherungsgesellschaften angewandten alten Sterbetafeln, sind die Prämien bei der Volksfürsorge niedriger resp. deren Versicherungssummen verhältnismäßig höher als bei den alten Gesellschaften.

Die Leistungen einer Versicherungsgesellschaft sind jedoch nicht allein nach der Höhe der in den Tarifen angegebenen Versicherungssummen zu beurteilen, sondern, wenn zu diesen, wie bei der Volksfürsorge, die Gewinnbeteiligung der Versicherten tritt, nach dem den Versicherten alljährlich aus dem Jahresüberschusse zugewiesenen Gewinnanteil; außerdem aber auch nach den Bestimmungen über den Verfall, den Rückkaufswert und die Umwandlung von Versicherungen.

Bei den Tarifen der Volksfürsorge kam es zunächst hauptsächlich darauf an, sie so zu gestalten, daß den Bedürfnissen der Versicherungsnehmer in ihren verschiedenartigsten Lebens- und Erwerbsverhältnissen Rechnung getragen wurde. Das ist dadurch erreicht, daß vermieden wurde, den Versicherungsnehmer, wie dies von anderen Gesellschaften geschieht, auf eine lange Periode, eventuell auf die ganze Zeit seines Lebens zu binden.

Auch bei der reinen Todesfallversicherung (Tarif I) ist eine abgekürzte Prämienzahlung von längstens 15, 20, 25, 30, 35 und 40 Jahren vorgesehen. Der gleiche Grundsatz ist bei allen Tarifen gewahrt, bei der Versicherung auf den Todes- und Erlebensfall (Tarif II) bei welchem das versicherte Kapital beim Tode, spätestens nach Ablauf von 15, 20, 25, 30, 35 und 40 Jahren fällig wird, ebenso bei der abgekürzten Todesfallversicherung mit zehnjähriger Prämienzahlung (Tarif III). Das versicherte Kapital wird bei diesem Tarife beim Tode, spätestens mit vollendeten 65., 60., 55., 50., 45., 40. und 35. Lebensjahre fällig.

Bei der Kinderversicherung (Tarif IV) ist die Prämienzahlung ebenfalls auf eine kürzere Periode als bei anderen Gesellschaften, je nach dem Eintrittsalter von 0 bis 8 Jahren, auf 15 resp. 9 Jahre beschränkt.

Die Tarife für die Kapitalversicherungen mit festen Halbmonatsprämien bieten so mannigfache Variationen, daß ein Versicherungsnehmer auf Grund des Handbuchs, welches die Vertrauenspersonen der Volksfürsorge mit sich führen, in welchen die Gesamttarife nebst den dazu gehörigen Versicherungsbedingungen abgedruckt sind, unschwer den für seine oder die Verhältnisse seiner Familienangehörigen geeigneten Tarif herausfinden wird. Dem Versicherungsnehmer ist auch unbenommen, gleichzeitig mehrere Versicherungen bei der Volksfürsorge einzugehen, z. B. eine Todesfallversicherung nach Tarif I und eine Todes- und Erlebensfallversicherung nach Tarif II. Eine Beschränkung tritt nur insofern ein, daß die Gesamtversicherungssumme auf Grund der Tarife I bis IV und Va (Risikoversicherung) 1500 Mk. nicht übersteigen darf.

Die Versicherungssumme von 1500 Mk. ist bekanntlich die höchstzulässige Versicherungssumme bei der sogenannten kleinen Lebens- oder Volksversicherungs, bei welcher eine ärztliche Untersuchung nicht stattfindet. Ueber diese Summe hinaus kann bei der Volksfürsorge ein Versicherungsnehmer seine Versicherungssumme noch steigern, indem er zu seiner Kapitalversicherung mit festen Halbmonatsprämien eine Versicherung mit zwangloser Prämienzahlung nimmt (Tarif V, Sparversicherung). Der Höchstbetrag der Einzahlungen bei der Sparversicherung beträgt 60 Mk. in einem Jahre. Jede Einlage gilt als die Zahlung einer einmaligen Prämie und wird mit der dem Alter des Versicherten entsprechenden Position des Tarifs kapitalisiert. Zu der Sparversicherung werden Marken im Werte von 10 und 50 Pfg. verabfolgt; der Versicherte kann also je nach seinen Verhältnissen, wann immer es ihm möglich ist, Sparversicherungsmarken kaufen und in seine Prämienkarte einkleben.

Zur Gutschrift gelangen die auf einer Prämienkarte geklebten Marken erst dann, sobald sie einen Wert von mindestens 5 M erlangt haben. Die Sparversicherung nach Tarif V ist eine Todes- und Erlebensfallversicherung. Die Versicherungssumme wird beim Tode, spätestens mit vollendetem 65., 60., 55., 50., 45., 40. und 35. Lebensjahre gezahlt. Tarif VI ist eine Kindersparversicherung in Verbindung mit einer Sparversicherung für die Schulentlassung, Leistung der Militärpflicht oder die Beschaffung der Aussteuer.

Bei den Sparversicherungen und ebenfalls bei der Risikoversicherung ist eine Gewinnbeteiligung vorläufig nicht eingeführt. Diese Tarife sind mit ganz geringen Verwaltungskosten kalkuliert, so daß es, bevor nicht eine Erfahrung aus den Ergebnissen einiger Jahre vorliegt, bedenklich erschien, bei den für die Versicherten äußerst günstigen Tarifpositionen ihnen einen Gewinn in Aussicht zu stellen. Stellt sich durch die für jeden Tarif zu führende Spezialabrechnung heraus, daß dennoch ein Gewinn regelmäßig sicher ist, so wird auch bei diesen Tarifen die Gewinnbeteiligung der Versicherten eingeführt werden.

Die Sparversicherung ist in Deutschland nur von dem Allgemeinen deutschen Versicherungsverein in Stuttgart geführt worden. Sie hat bisher wenig Anklang gefunden, obgleich das Sparversicherungssystem das denkbar beste ist. Der Grund für die ungünstige Entwickelung der Sparversicherung dürfte darin zu suchen sein, daß hinter der Stuttgarter Arbeiter-Sparversicherung nur kleine Vereine mit geringer Mitgliederzahl stehen, andererseits aber auch darin, daß bei den meisten Versicherungsnehmern das Bestreben obwaltet, für den Fall ihres Ablebens ihren Angehörigen von vornherein eine größere Versicherungssumme zu sichern. Aus diesem Grunde hat die Volksfürsorge in Verbindung mit der Sparversicherung die Risikoversicherung (Tarif Va) eingeführt. Die Volksfürsorge ist die erste Gesellschaft, welche eine Risikoversicherung in dieser Form eingeführt hat; sie folgt damit den Vorschlägen mehrerer Sozialreformer, welche wiederholt diese Versicherungsart empfohlen haben.

Die der Risikoversicherung zugrunde liegende Idee ist eine höchst einfache. Auch die Sterblichkeit der Menschen unterliegt, sofern es sich um Massen handelt, einer gewissen Gesetzmäßigkeit. Das wahrscheinliche Risiko, welches eine Gesellschaft bei Lebensversicherungen zu tragen hat, läßt sich für Personen gleichen Alters für ein Jahr feststellen. Die Volksfürsorge legt ihrer Risikoversicherung eine Periode von zehn Jahren zugrunde.

Die Risikoversicherung ist nur in Verbindung mit der Sparversicherung in der Art zulässig, daß der Versicherungsnehmer für jede Mark Sparversicherungsprämie, die er während der ersten zehn Jahre der Versicherung durchschnittlich jährlich zu zahlen beabsichtigt, die in dem Risikotarif verzeichnete Anfangsversicherungssumme zusätzlich der Versicherungssumme des Sparversicherungstarifs, einmal versichern kann. Die für die Zusatzversicherung zu zahlende einmalige Risikoprämie beträgt pro Mark der durchschnittlich jährlich für zehn Jahre zu zahlenden Sparversicherungsprämie 1,50 M. Die Risikoversicherung ist bei Beginn der Versicherung auf einmal oder in regelmäßigen Halbmonatsraten im ersten Versicherungsjahre zu zahlen. Die zusätzlich versicherte Risikoversicherungssumme ermäßigt sich jährlich um den zehnten Teil und wird nur gezahlt, wenn der Tod nach Ablauf einer Karenzzeit von einem Jahre in den nächsten zehn Jahren eintritt; im ersten Versicherungsjahre werden nur die eingezahlten Prämien zurückgezahlt.

Risiko- und Sparversicherung ergänzen sich gegenseitig. Durch die Einzahlungen auf Sparversicherung steigt die Gesamtversicherungssumme trotz der zehnprozentigen Herabsetzung der Risikoversicherungssumme.

Vom versicherungstechnischen Standpunkte kann diese Kombination allen Versicherungsnehmern nur dringend empfohlen werden; sie ist mit so geringen Unkosten belastet, daß sich eine günstigere Art von Versicherung nicht denken läßt.

Bezüglich des Aufbaues der Versicherungstarife ist die Verbindung von Risiko- und Sparversicherung die Hauptreform der Volksfürsorge; eine völlige Umgestaltung des Volksversicherungssystems hat die Volksfürsorge durch ihre Versicherungsbedingungen geschaffen.

Darüber näheres im nächsten Artikel.

Kommunales.

Freisinnige Stadtväter gegen billiges Fleisch. Im Nürnberger Stadtmagistrat gab es am Freitag wieder eine große Redeschlacht wegen der städtischen Maßnahmen zur Versorgung der Bevölkerung mit billigem Fleisch. Als im vorigen Jahre die Fleischnot aufs höchste gestiegen war, konnte man nicht länger dem Drängen der Sozialdemokraten widerstehen, endlich etwas zur Linderung der Teuerung zu tun. Die Stadt errichtete in allen Stadtteilen Verkaufsstellen, in denen sie auf ihre Rechnung Fleisch zum Selbstkostenpreise an die Konsumenten verkaufen ließ. Die Einrichtung bewährte sich und wirkte unverkennbar preisverbilligend, aber gerade deshalb wurde von Anfang an auf Betreiben der Fleischer fortgesetzt versucht, sie wirkungslos zu machen und den Fleischern die unbequeme Konkurrenz vom Halse zu schaffen. Von den zahlreichen Vorstößen gelangen auch einige; so wurde von den Freisinnigen durchgedrückt, daß den städtischen Verkaufsstellen untersagt wurde, auch Wurstwaren zu führen, daß sie nur aus dem Auslande bezogenes Fleisch verkaufen durften usw. Wie beengend die letztere Bestimmung wirkt, zeigt sich eben jetzt, wo die Inlandpreise für Schweine niedriger stehen als die Auslandspreise. Dadurch wird es den Metzgern ermöglicht, trotz des Sinkens der Viehpreise an unverhältnismäßig hohen Fleischpreisen festzuhalten, weil die Stadt das ausländische Fleisch nicht so billig geben kann, wie es beim ausländischen Fleisch möglich wäre. Deshalb hat der Fleischverkaufsausschuß beantragt, für die Dauer der billigen Schweinepreise auch den Bezug von inländischen Schweinen zu gestatten. Bei der Verhandlung im Magistrat enthüllten die Freisinnigen wieder ihre ganze Feindschaft gegen sozialpolitische Maßnahmen dieser Art. Ein freisinniger Antrag verlangte sogar, die städtischen Verkaufsstellen sofort zu schließen; diesen Antrag anzunehmen, schämte man sich allerdings vorläufig noch, aber der Bezug inländischer Schweine wurde abgelehnt, dagegen ein Antrag angenommen, wonach „Erhebungen" veranstaltet werden sollen, ob wirklich ein Notstand besteht und wie die Stadt inländisches Fleisch verkaufen könnte. Mit solchen „Erhebungen" hilft man sich immer, wenn man Zeit gewinnen will, um irgendeine heimtückische Absicht durchzuführen. Sie sind hier das Vorspiel zum nächsten Feldzug, der die gänzliche Abwürgung des städtischen Fleischverkaufs zum Ziele hat; hat doch ein Freisinniger in der Hitze des Gefechts verraten, daß er im Ausschuß einen Antrag, der seinen Anschauungen widerspricht, gestellt hat, und zwar nur deshalb, um auch den Freunden der städtischen Nahrungsmittelversorgung die Zustimmung zu ermöglichen und durch die auf solche Weise erzielte Annahme des Antrages die Sache ins Rollen zu bringen.

Aus dem Gerichtssaal.

„Moloch braucht Futter!" Unter dieser Überschrift hatte das Lokalistenblatt „Einigkeit" einen Artikel gegen die Wehrvorlage gebracht. Der Staatsanwalt erhob deswegen gegen den verantwortlichen Redakteur Anklage. Er sollte zum Ungehorsam gegen Gesetze aufgefordert haben. Das Gericht verurteilte den Redakteur zu 3 Wochen Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 6 Wochen beantragt. Wegen Gefährdung der Staatssicherheit wurde während der Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Aus Nah und Fern.

Verschüttet. Auf der Laubenkolonie Tempelhof bei Berlin wurde beim Brunnengraben der Schwiegersohn des Zigarrenhändlers Maurer in einer Tiefe von 5 Metern verschüttet. Die Feuerwehr konnte nur die Leiche des Verunglückten bergen.

Der Herrenreiter im Aeroplan. Eine in der Geschichte des Pferdesports einzig dastehende Leistung ist am Sonntag dem bekannten Herrenreiter Leutnant von Egan-Krieger gelungen. Er war für den Nachmittag auf der Grunewaldrennbahn im Preise von Leipzig als Starter gemeldet, hatte aber außerdem noch einen Ritt im Jagdrennen in Magdeburg übernommen. Nachdem er dieses Rennen, das auf dem Programm als erstes figurierte, gewonnen hatte, stieg er um 3.40 Uhr in einem von Leutnant Stoll gesteuerten Jeannin-Eindecker vom Magdeburger Rennplatze auf und landete um 5.15 Uhr unter ungeheurem Aufsehen des zahlreichen Publikums auf der Grunewaldrennbahn. Die startenden Reiter zum Preise von Leipzig waren bereits abgewogen, und es bedurfte der ausdrücklichen Genehmigung der Kommissäre, daß Herr von Egan-Krieger an dem Rennen noch teilnehmen durfte. Unter stürmischem Beifall der Zuschauermenge ging „Dragoner" durchs Ziel und Leutnant von Egan-Krieger schuf damit den Rekord eines doppelten Sieges an zwei verschiedenen Rennplätzen am gleichen Tage.

Auf die Hetze gegen das Breslauer Jahrhundertfestspiel Gerh. Hauptmanns hat der städtische Ausschuß der Jahrhundertfeier die Preise für alle Plätze in der Festhalle auf die Hälfte des bisherigen Preises herabgesetzt, um weiteren Kreisen der Bevölkerung den Besuch des vielangefeindeten Werkes Hauptmanns möglich zu machen.

Der gekränkte Herr Justizrat. Die Jubiläumsfeiern schießen dieses Jahr aus der Erde wie Pilze nach einem warmen Sommerregen. Von „allerhöchster" Stelle angefangen bis zum letzten Kegel- und Rauchklub, der heuer sein 50jähriges oder mindestens doch 20jähriges Jubiläum feiert. Es darf darum nicht Wunder nehmen, daß die Stadt Gießen sich beeilte, dem dort befindlichen „Leibregiment Seiner Majestät" zu seiner Hundertjahrfeier ihre untertänigsten Glück- und Segenswünsche darzubringen. Bei der Absendung der Glückwunschadresse hat man nun geflissentlich übersehen, einen Beigeordneten mitunterzeichnen zu lassen, der seines Zeichens Justizrat und gleichzeitig eine Fortschrittsgröße ist. Das ist sehr bitter für einen guten modernen Demokraten, und wir können ihm den Schmerz nachfühlen. In der Stadtverordnetenversammlung hat er nun seinem Kummer Ausdruck gegeben und sich darüber beschwert, daß man ihn bei diesem Bückling vor dem Militarismus nicht mitmachen ließ. Er müsse auch dagegen Protest erheben, daß man zur Feier nur zwei Beigeordnete delegiere und ihn auch hierbei übergehe. Dem „fortschrittlichen" Justizrat mag vielleicht Unrecht geschehen sein. Aber der Vorfall beweist doch, wie tief gekränkt sich ein demokratisches Herz fühlt, wenn man es nicht mitmachen läßt, auch seinerseits einen Bückling vor dem Militarismus zu machen. Solche kleine Episoden beweisen besser als lange Leitartikel das eigentliche Wesen der heutigen „Demokratie".

Ein kleiner Nachahmer. Für Lyriker und andere gottbegnadete Dichterlinge ist Hochkonjunktur. Der Jubiläumsrausch bietet ihnen eine so bald nicht wiederkehrende Gelegenheit, ihre Schleimereien an den Mann zu bringen. Wenn jedes kleine Amtsblatt, jeder Generalanzeiger mit seinem mehr oder weniger gelungenen Festhymnus anrückt, warum soll schließlich die sich liberal nennende „Nationalzeitung" ihre Fertigkeit im Ausschleimen unter den Scheffel stellen? Man weiß, was sich schickt! Hier tut es ein Wissser Viktor Hahn, der in Erinnerung an die Lobsprüche, die der Liebenberger Phili Eulenburg für seine vorrückten Anhimmelungen des Kaisers einst erntete, ein ansonst wunderschönes Gedicht also schließt:

Heute aber, o Kaiser, heut' bringen wir Dir unsere Kränze,
Und aus jeglichem Kelch grüßt Dich der mantener Thau.
O Du Gesegneter! Güt'ger! Nimmermehr haben die Augen
Freud'ger vergossenes Naß besserer Danke gezollt.
Wahre noch lang' der Welt die Güter des Friedens Ehren!
Glänze in schimmernder Wehr lang' noch vor Deinem Volk!

Ist es denn wirklich zum Weinen, Herr Hahn?

Schiffszusammenstoß. Das Fährschiff „Swinemünde" ist am 15. Juni, als es die Fahrgäste des Zuges 313 von Swinemünde nach Ostwine beförderte, von dem nach Stettin fahrenden griechischen Dampfer „Menelaus" angerammt worden. Dem Fährschiff wurde eine Seitenwand eingedrückt und die Seitenhäuser beschädigt. Es fuhr deshalb vorerst zum Fährbett zurück und wurde dann, da es bei dem Zusammenstoß leck geworden war, im flachen Wasser verankert. Die Reisenden konnten ohne Gefahr das Fährschiff verlassen. Zur Aufrechterhaltung des Betriebes ist das Reservefährschiff in Dienst gestellt worden.

Zwei Soldaten von einer Granate zerrissen! Ein entsetzliches Unglück ereignete sich am Sonntag vormittag in der Büchsenmacherei des sächsischen Infanterie-Regiments Nr. 105 zu Straßburg (Elsaß). Zwei Musketiere, Reservisten vom 3. Bataillon in Meißen, und Lorenz vom 1. Bataillon in Chemnitz, waren damit beschäftigt, eine auf dem Übungsplatze zu Bitsch gefundene Granate, die sie leer glaubten, auseinanderzunehmen, um nach Reservistenart einen Photographierahmen als Andenken daraus zu machen. Die Granate explodierte. Beide Leute wurden entsetzlich zugerichtet. Rost war sofort tot, Lorenz starb auf dem Wege zum Krankenhause.

Die Rache eines betrogenen Ehemanns. In Florenz hat sich Sonntag ein Offiziersdrama abgespielt. Dort hat der Oberst Antonio Rossi in Erfahrung gebracht, daß seine dreiundvierzigjährige Gattin ihn mit einem jungen Studenten betrog. Es gelang dem Obersten, das Liebespaar zu überraschen. Er schoß beide nieder. Die Frau war sogleich tot, ihr Liebhaber starb kurz darauf. Die Frau des Obersten war Mutter von sieben Kindern. Der älteste Sohn ist Oberleutnant.

Zwölf Arbeiter beim Tunnelbau verschüttet. In Neuyork wurden in der Nacht zum 15. Juni beim Bau der New Lexington Avenue zwölf Arbeiter verschüttet. Sechs Leichen sind geborgen. Man ist eifrig beschäftigt, die Schuttmassen zu beseitigen, um die übrigen Leichen zu finden.

Meuternde Polizei. Aus Rio de Janeiro (Brasilien) wird gemeldet: Die Polizei in Manaos hat gemeutert. Der Kommandant wurde verletzt. Der Gouverneur ist mit seiner Familie und seinen Freunden geflohen.

Standesamtliche Nachrichten

vom 8. bis 14. Juni 1913.

Eheliche Geburten.

a) Knaben: (Name und Beruf des Vaters).

2. Juni. Lagerist C. H. J. H. Bockholt. 5. Arbeiter J. Wachowiak. Arbeiter C. G. E. Hardt. 6. Arbeiter J. W. Burmeister (Zwillinge). Seemaschinist E. A. M. Lorenz. 7. Bankbeamter M. F. K. Reese. 8. Arbeiter J. J. F. Maack. Bahnarbeiter K. F. Riemke in Schönböcken. Schriftsetzer W. J. D. Loose. 9. Zimmermann C. F. H. K. (Krummesse). 11. Eisenbahnbremser A. F. Chr. Klein. Arbeiter F. D. Chr. Faber. Arbeiter H. W. L. Höppner. Gastwirt F. W. A. Stief.

b) Mädchen: (Name und Beruf des Vaters).

3. Juni. Restaurateur J. D. Braue. 4. Kaufmann W. H. Grube. Maschinenschlosser E. F. F. Niemann. Feuerwehrmann H. J. E. Lorenz. Arbeiter J. Klempner H. G. D. Erdmann. Werkmeister K. G. D. Hobelmeister J. D. Wesch. 7. Invalide J. W. Hess. Arbeiter H. R. F. K. Martens. 12. Kaufmann J. E. Gerhard. 13. Schlachter Chr. K. B. Thiem.

Angeordnete Aufgebote.

9. Juni. Bäckergeselle M. H. F. Niemann und R. Niedermeier. Arbeiter F. J. O. Kuhrau und M. Hinz. Viehhändler C. J. Stapelfeld in Stockelsdorf und M. D. Plünnecke in Groß-Lafferde. Buchhalter E. C. Tielcke und A. L. E. Freytag in Kalkhorst in Mecklenburg. 10. Bierfahrer G. H. K. Hanke und A. K. E. Edler. Korrespondent H. L. Möller und A. H. B. Förster. Bierfahrer H. J. F. A. Peyer und E. A. W. Haase. Bäcker P. Knüppel und M. E. Lau, beide in Cordshagen. Schlachtergeselle B. A. Gotter und F. J. Teschau. 11. Telegraphenarbeiter A. Th. Burmester und E. M. A. School. Gesellschaftsreisender R. A. H. Neumann in Hamburg und K. Prüssmann. Schlossergeselle H. E. K. Hahn in Berlin und A. K. Chr. Voss. 12. Sergeant (Hilfshoboist) E.

Grund in Arolsen und M. A. E. Bannow. Maurergesellen J. Chr. B. Bartsch und E. M. M. E. Nielson. Ziegelgeselle A. F. H. Neumann und E. M. Rellin, beide in Hamburg. Schlosser K. M. Thorn in Biebrich und M. Reinheimer in Bischofsheim. 13. Arbeiter F. J. H. Chr. R. Humberg und D. B. M. School in Secretz. Arbeiter J. H. F. Dahmke und E. L. J. Stahl geb. Ballerstaedt. 14. Mechanikergehilfe F. W. Rump und E. H. E. Stelter in Kiel. Geschäftsführer G. Chr. L. Hensler und A. Chr. E. Winkelmann. Verkäufer A. K. G. Mattig und Th. A. J. G. Jungs in Dortmund. Techniker Sch. Guttmann und R. L. Futran in Karlsruhe in B.

Eheschließungen.

9. Juni. Arbeiter K. Chr. Krümmel und E. M. E. Meins. 10. Schauspieler A. G. F. Blöss und F. Lewandowski. Zigarrenmacher J. H. F. Schnoor in Siebenbäumen und K. K. S. Möller. 12. Feinmechaniker K. F. W. J. Zierow in Hamburg und A. E. J. Köster. Chirurgie-Instrumentenmacher H. H. A. Bassen und J. H. S. Specht. Oberhoboistenmaat F. Hoffmann und M. Chr. Cuno, beide in Kiel. 14. Eisenbahnunterassistent O. Th. F. Pahl in Hamburg und E. H. H. J. Ritter. Sparkassenbeamter W. F. H. Berner und M. A. P. Wilken. Malergeselle E. K. O. A. Pelikan und E. F. L. Willert. Arbeiter K. J. J. Dühring und A. K. A. Baumann. Kaufmann K. H. W. Folkens und G. K. A. E. K. Schleuss.

Sterbefälle.

6. Juni. M. C. S. geb. Lanckau, Witwe des Maurers J. D. C. Th. Siebert, 89 J. 7. Barbier H. J. H. Bühn, genannt Bade, 19 J. 8. Henni Wilken, 1 Mt. H. A. Wolf, 8 Tage. R. W. A. Deputder, 1 J. 9. H. L. C. geb. Siever, Witwe des Weinschröters J. J. E. Haß, 81 J. Arbeiter H. Chr. C. E. W. Benecke, 56 J. A. S. M. E. geb. Jacobsen verw. Bader, Ehefrau des Fischermeisters W. C. H. Kühn, 81 J. (Gothmund). 10. W. F. J. Bruhn, 4 J. Louwise W. E. geb. Niemann Witwe des Arbeiters H. J. J. Kakuschke, 32 J. 11. O. H. Th. Karberg, 11 Mt. 12. H. W. L. Schwarz, 3 Mt. Landmann H. H. A. Clasen, 45 J. (Ahrensfelde). Privatmann A. Slomann, 53 J. (Schwartau). 13. E. geb. Jonasdotter, Ehefrau des Arbeiters G. J. F. Wöhlert, 68 J. Privatmann S. B. H. Draeger, 55 J. J. M. D. geb. Jürs, Witwe des Maurers J. H. B. Schwarz, 89 J. Schlosser F. Th. Görendt, 28 J. 14. A. M. O. geb. Zierach, Ehefrau des Arbeiters Chr. Th. Kruse, 36 J. (Strockelsdorf.)

Allerlei Wissenswertes.

Die Vergiftung der Feldmäuse.

Die Feldmäuse werden namentlich durch die Raubvögel einigermaßen in Schranken gehalten, und es ist aus diesem Grunde schon mehr als einmal Einspruch dagegen erhoben worden, daß die Raubvögel gar zu sehr verfolgt werden. Professor Löffler hat nun den erfolgreichen Vorschlag gemacht, künstlich eine Typhusepidemie unter diesem Ungeziefer der Felder zu erzeugen. Trotz der guten Dienste, die dieser Bazillus als Bundesgenosse den Landwirten geleistet hat, ist das altberühmte Pasteurinstitut in Paris bemüht gewesen, noch ein besseres Verfahren zu finden. Im vorigen Jahre haben die Landwirte in verschiedenen Gegenden Frankreichs sehr über die ungeheure Vermehrung der Ratten und Mäuse geklagt, und die Benutzung des Mikrobengifts erfüllte nicht die darauf gesetzten Hoffnungen. Am Ende des Sommers nahm sich das Landwirtschaftsministerium der Sache an, und die Kammern bewilligten zur Bekämpfung der Plage eine Viertelmillion. Zur Benutzung kam das von Danysz am Pasteurinstitut hergestellte Gift und er erteilte auch Belehrung zu dessen Gewinnung, damit die Landwirte es möglichst frisch gebrauchen konnten. Auch diese Maßnahmen brachten nicht den gewünschten Erfolg, vielleicht wegen ungünstiger klimatischer Verhältnisse, vielleicht auch wegen nachlässiger Anwendung. Da aber auch wohl die Art des Giftes ein Verschulden treffen konnte, ist jetzt ein neues Gift hergestellt und dem Landwirtschaftsministerium in Paris eingesandt worden. Der Minister hat darauf angeordnet, daß ein Versuch in großem Maßstabe mit dem neuen Mittel gemacht werden solle. Zu diesem Zwecke wurde ein besonderer Ausschuß eingesetzt und eine Bodenfläche von 12 500 Hektar zur Verfügung gestellt. Trotz dieser großzügigen Prüfung ist das Ergebnis unklar geblieben. In einigen Gemeinden sind mehr als neun Zehntel aller Ratten und Mäuse des Feldes erlegen, während in anderen nach acht Tagen und sogar noch nach drei Wochen die Hälfte oder mehr am Leben geblieben war.

Literarisches.

Floericke, Dr. Kurt: **Einheimische Fische.** Die Süßwasserfische unserer Heimat. Mit vielen Abbildungen. (104 S.), Oktav, 1913. Geh. 1 Mk., geb. 1,80 Mk. Stuttgart, Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Franckh'sche Verlagsbuchhandlung.) Von Karpfen, Hechten, Forellen und Aalen wissen wir wohl, daß sie eine gute Mahlzeit bilden, aber wie und wo diese Fische leben, davon wissen die meisten recht wenig. Hören wir dann noch vom Steinbeißer, von der Groppe, dem Bitterling und all dem anderen kaltblütigen Volk, das unsere einheimischen Gewässer belebt, so werden unsere Kenntnisse noch lückenhafter. Ueber alle diese Fischarten plaudert Floericke in seiner bekannten allgemeinverständlichen und unterhaltenden Darstellungsweise. Besonders ausführlich werden natürlichst diejenigen Fische behandelt, die wie z. B. der Karpfen oder die Forelle eine wirtschaftliche Nutzung zulassen. Floericke unterrichtet über ihre Lebensart, ihre Organisation und ihr Sinnesvermögen: über die vielumstrittene Frage, ob Fische hören können, welche Funktionen die Seitenlinie zu verrichten hat, und über die anderen Sinnesfähigkeiten, wie Geschmack, Geruch, Empfindungsvermögen, über die Farbenblindheit, über Nahrungsaufnahme und Fortpflanzungsgeschäft und vieles andere hören wir manche interessante Aufklärung. Jedoch wird hierüber der praktische Teil, wie Fischzucht und Fischfang nicht vernachlässigt. Das hübsch illustrierte Büchlein ist ganz geeignet, die Aufmerksamkeit der Naturfreunde auf die Süßwasserfischwelt hinzulenken und ihr neue Freunde zu werben.

Die Urwälder des Böhmisch-Bayerischen Waldgebirges sind von jeher mit einem geheimnisvollen Schimmer umgeben. Der Ruf der Wildheit und Unwegsamkeit, dazu die Nähe der Alpen, die allen Verkehr auf sich lenken, haben den Bayerischen Wald zum einsamsten der deutschen Mittelgebirge werden lassen. Das ist aber für den Naturfreund wieder ein Vorteil. Denn dort gibt es noch eine ganze Anzahl von unberührten Waldgebieten, die an urwüchsiger Kraft des Baumwuchses in Deutschland ihresgleichen suchen. Im Juni-Heft des Kosmos-Handweisers schildert M. Reepel diese Urwaldsgebiete und die Üppigkeit der Pflanzenwelt, durch die hübschen Bilderbeigaben weiß er die Sehnsucht jedes Wandererherzens nach diesem vergessenen Erdenwinkel zu erwecken. — An anderer Stelle führt G. Lahner den Leser durch das Museum für Höhlenforschung in Österreich, das in Europa das einzige in seiner Art ist und dem Fachmann wertvolles Studienmaterial und dem Laien eine leichtverständliche Einführung in die Höhlenkunde bietet. Dr. Stehli macht diesmal unter Verwertung der Forschungen des englischen Augenarztes Dr. G. Johnson auf ein neues Kennzeichen für die natürliche Verwandtschaft der Arten aufmerksam: Der Augenhintergrund der Säugetiere und seine Bedeutung für die Abstammungslehre, während Prof. Dr. Richters altsteinzeitliche Steinwerkzeuge aus dem nordischen Gletschermergel in Bild und Wort beschreibt. Weitere Aufsätze bringen noch manches andere Thema zur Behandlung, so daß diese Vielseitigkeit des Inhalts wirklich jedem Naturfreund etwas zu bieten weiß.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten"

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus u. Spedition Fischergr. 52. (184

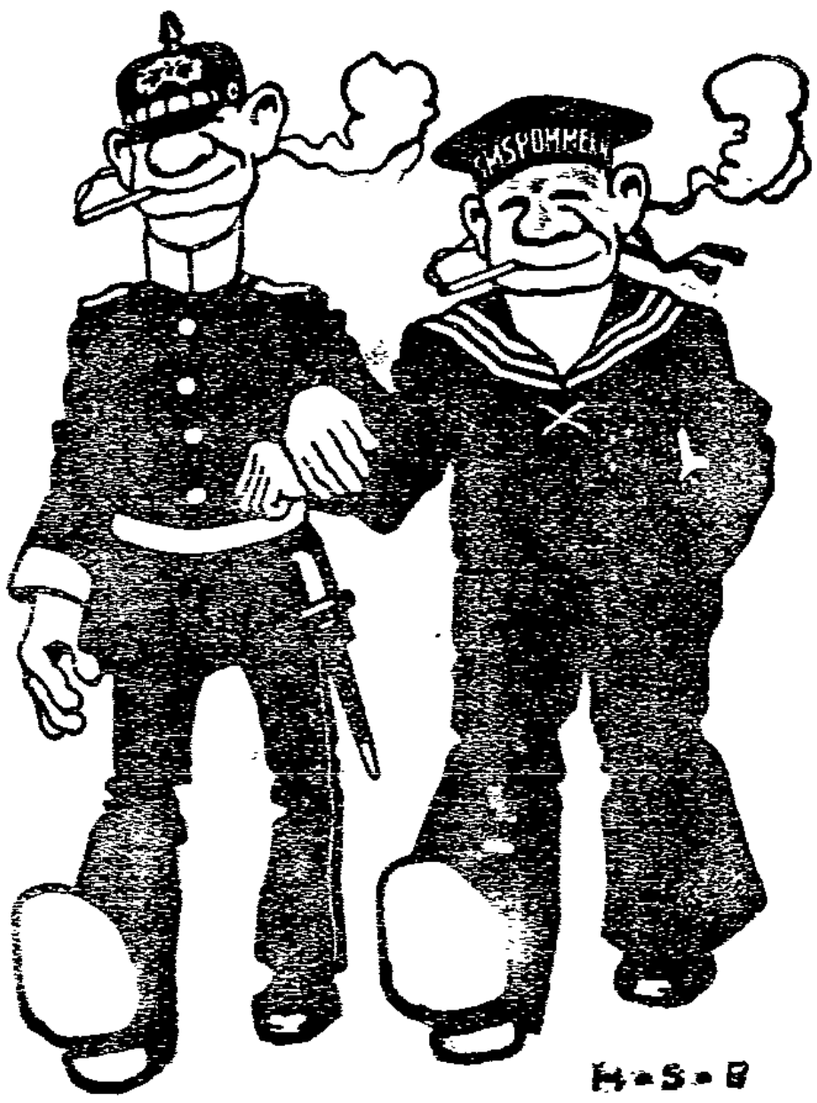
Die Arbeitsgarderoben
von
Bahr & Umlandt
— Breite Straße 31 —
sind anerkannt preisw. u. haltbar.
Zwirnhosen . . 1.40 bis 3.50
Bilerhosen . . 2.50 bis 5.50
Maurerhosen . 2.90 bis 7.50
Gen. Cordhosen 4.00 bis 9.50
Schlosseranzüge 2.80 bis 5.00
Klapp- u. Bauchhosen in allen Qualitäten.
Trotz der billigen Preise rote Lubecamarken.

Die Fraktionsbilder
sind jetzt wieder vorrätig.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Schuhwaren
für Kinder, Damen und Herren in großer Auswahl. 4679
Damenstiefel . . . 4.95—12.50
Herrenstiefel . . . 5.50—14.95
Kinderstiefel, Gr. 23—35, in den Preislagen . . . . 1.95—6.25
Sandalen, braun Segeltuch, Paar 1.08, 1.25, 1.48
Sandalen, lederne, Paar . 1.58, 1.78, 1.98, 2.28
Anzüge f. Kinder . 2.25—13.—
Herren-Anzüge . 12.85—17.50
Arbeiter-Garderobe sehr billig.
Johannes Holst,
Kohlmarkt 6. Markt 6.

Plakate
zur
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln
für zum Preis von 30 Pfg. das Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.
Johannisstraße 46.

Zu Wasser und zu Lande!



sind unsere Cigaretten gleich beliebt.

Eckstein's **DA CAPO**-Cigaretten
von A. M. Eckstein & Söhne, Dresden. (Trustfrei)
Stück 3 bis 10 Pfg. 2200 Arbeiter.
4692

Güner Sohlen. Marke „Goliath".
Gesetzl. geschützt unter Nr. 100899.
Vorzüge:
Doppelte Haltbarkeit, wasserdicht, gleitfrei.
Alleinvertrieb
4301) in den
Schuhreparatur-Werkstätten
Schwartauer Allee 4
Fünfhausen 7
Gr. Burgstraße 38.

Solange der Vorrat reicht:
Gebr. Kaffee
(kein Bruch)
Pfund 1 Mk.
Wilhelm John,
Wilhelm Kalm Nachflgr.
Schüsselbuden 3. (4704
Fernsprecher 1154.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer usw. vom Lagerhaus und Transporteur Schützenstr. 27. **C. Haferbier.**

Unübertroffen wäscht Ragoda
Einzig in seiner Art. D.R.G.M. 418136.
Ueberall zu haben.
Schneeweiße Wäsche ohne Chlor, Unschädlich.
Zur Einführung bis Ende 1914 gegen Gutscheine von 5 Pfd. 1 Korallenkette od. 3 neusilb. Teelöffel, 10 Pfd. 1 echt silb. Kollier oder Blusennadel 800/1000 (220
Schumann & Wille, Wittenberge.

Meierei Schwartau
Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144
liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art in bester Qualität. 4568

Holsten-Meierei
Fernruf 2336 Wickedestr. 11
empfiehlt alle Meereiprodukte in bekannter Güte.
Geschäfte, welche Niederlagen übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (155

Beerdigungsinstitut Gebr. Müller
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
1907 Uebernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.